

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinstellung wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fajerm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 8892.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **319 600** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Streifzüge durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung.

Von Paul Kampffmeyer-München.

VIII. Der ökonomische und politische Expropriationsgedanke.

Aus der wundervollen, mächtigen Entfaltung der Maschinenindustrie ergibt sich nun keineswegs rein automatisch die Erhebung des Lohnarbeiters zum sozialistischen Genossenschaftler, sondern diese stellt sich von einer bestimmten Stufe der Entwicklung der industriellen Arbeiterschaft an als das Resultat zielklarer Organisationsarbeit des Proletariats selbst dar. Während die Maschinen gleichsam schon das Hohelieb von der Befreiung des Arbeiters singen, können die Maschinenarbeiter selbst noch in aller Knechtschaft forttaumeln. Ein fremder Herrzerrgebanke lebt in dem Wirtschaftsplan der Kollektivunternehmung fort, ein fremder Herrzerrzwang erzwingt das Handhandarbeiten der Schaffenden. Das äußere, aufgeherrschte Zusammenwirken der Arbeitenden in ein gemeinsam geplantes und frei erstrebtes zu wandeln, ist das große Ziel der Arbeiterbewegung.

Bei seinem Erscheinen auf der Welt findet der Proletarier gerade wie der Poet in dem Schillerischen Gedicht die Erde verteilt. Der Grund und Boden ruht in festen Händen, in den scharf zupackenden Händen der Großgrundbesitzer und Bauern, die Schote rauchen für die Interessen einer kleinen Unternehmergruppe, die Kreditmittel lagern in den eisernen Schränken der Bankokratie, die Lebens- und Genussmittel türmen sich in Warenhäusern und Kaufhäuser hoch auf. Der arme, bei der Teilung der Welt übergangene Poet konnte wenigstens noch beim Vater Zeus im Himmel wohnen, der unglückliche Proletarier mit völlig leeren Taschen muß oft unter freiem Himmel übernachten.

Wir schreiben hier nicht die Geschichte der wirtschaftlichen Verteilung der Welt. Uns muß die Tatsache der bereits vollzogenen Teilung der Welt genügen. Die Produktions- und Lebensmittel sind von bestimmten Klassen der wirtschaftenden Gesellschaft angeeignet worden, und für sie dampfen vor allem die Fleischöpfe Ägyptenlands. Die festen Schranken des kapitalistischen Eigentums verperren den arbeitenden Massen den Zugang zu den Maschinen, die sie anwenden, und zu den Gütern, die sie erzeugen. Das kapitalistische Eigentum muß eine grundlegende Änderung in seinem ganzen Wesen erfahren, die Produktionsmittel haben ihren kapitalistischen Monopolcharakter abzustreifen und sich der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Mit einem Worte: die kapitalistischen Aneigner enteignet werden.

Aber nicht allein die Maschine in der Werkstatt dreht sich im ausschließlichen Interesse der Kapitalisten, auch die gewaltige Staatsmaschine arbeitet für sie. Der Staat ist gleichsam das Privateigentum einer herrschenden Gesellschafts- oder besser einiger Klassen geworden. Noch ist die gesetzgeberische Gewalt in vielen Staaten den oberen Zehntausend ausgeliefert. Die maßgebenden Staatsstellungen werden von den Angehörigen der herrschenden Klassen besetzt. Der Enteignungsgedanke findet gerade auf dem Gebiet der Politik ein ungeheures Betätigungsfeld.

Welche wüsten Phantasien von vandalistischen Zerstörungen, von Humeneinbrüchen in das Privateigentum weckt das Wort Expropriation in den Köpfen des verängstigten Spießbürgerthums! Es sieht den revolutionären Attila bereits bei der großen Arbeit des Zerkens. Aber geschieht denn im Ernste an dem Wesen des Eigentums selbst etwas, wenn Egel das Eigentum eines seiner Feinde einem humanen Freunde zuweist? Ein Wechsel im Namen der Eigentümer, aber keine Wandlung im Wesen des Eigentums selbst!

Vor dem Gedanken der Expropriation können sich eigentlich nur die geistig kurzschichtigen grübeln, die kaum die Spanne eines Menschenalters überschauen können. In der Geschichte selbst lebt und weht ja überall die Expropriationsidee. Die Lichtfülle, die von den kulturhistorischen Ausführungen des Lassalle'schen „Arbeiterprogramms“ ausging, machte die Augen der Arbeiter vielfach blind für den glänzenden revolutionären Gedanken, der im „System der erworbenen Rechte“ von Ferdinand Lassalle ausgesprochen wurde. Der kulturhistorische Gang der Rechtsgeschichte führt nach Lassalle dahin, immer mehr die Eigentumsphäre des Privatindividuum zu beschränken, immer mehr Objekte außerhalb des Privateigentums zu setzen.

Von der Höhe dieses Lassalle'schen Gedankens aus erschien der sonst so friedliche Liberalismus selbst als ein wütiger Expropriator. Der Liberalismus war der Schöpfer des freien bürgerlichen und des frei schaltenden und waltenden gewerblichen Eigentums. Der Feudalherr büßte sein Eigentumsrecht am Beibe des Bauern, an dessen Scholle und dessen Leistungen ein. Ein mächtiger Eingriff in die Eigentumsphäre des gütigen Herrn erfolgte also durch die liberale Gesetzgebung. Die Verfügungsgewalt des Herrn über die Person und die Scholle des leibeigenen Bauern war auf ewig dahin. In der Stadt nahmen bestimmte Gruppen von Zunftmeistern die Ausübung des städtischen Handwerkes ganz für sich in Beschlag. Der Ruf nach Gewerbefreiheit gellte in den Ohren dieser Zunftmeister wie der schrille Klang revolutionärer Sturmglöden. Das System der erworbenen Rechte der Zunftmeister ward mit eherner Sohle von der revolutionären liberalen Gesetzgebung zertrümmert. Der Verzicht

der ausschließlichen Ausübung eines Handwerkes bedeutete für den Zunftmeister eine teilweise Enteignung. „In ihrem innersten Grunde genommen“, führt Lassalle in seinem „System der erworbenen Rechte“ aus, „beruht aber die Einführung der freien Konkurrenz“ und die Aufhebung der Monopole und Zünfte vielmehr auf dem Gedanken, daß ein ausschließliches Recht auf Gewerbebetrieb und Absatz, das heißt ein Recht darauf, daß andere Personen an sich erlaubte Handlungen nicht vornehmen dürfen, unmöglich Privateigentum des Individuum sein könne.“

Der konsequent durchgeführte Liberalismus hebt die Bevorzugung der Individuen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet auf. Er ruft den Individuen zu: „Die Bahn ist frei, bringt euch in die Stellungen hinein, zu denen euch eure Leistungen berufen.“ Als aber der Liberalismus allen die Schranken zum Wettkampf öffnete, da liefen auf dem Kampfplatz dicht nebeneinander her Splitternackte und Schwerbewaffnete. Der Liberalismus löste nicht die historisch gewordenen Ungleichheiten auf, er übernahm als Erbschaft früherer Zeiten einige wenige mit großen ökonomischen Mitteln ausgerüstete Individuen, und eine wimmelige Masse sich nur auf ihre eigene Körperkraft stützender Personen. In dem Wirken einer Persönlichkeit zum Beispiel arbeiteten die aufgespeicherten wirtschaftlichen Kräfte einiger Generationen, in der Tätigkeit einer anderen offenbarte sich kein Hauch ererbter ökonomischer Macht und Stärke. Der Liberalismus gab den Gesellschaftsmitteln nur die formelle und nicht die tatsächliche Freiheit zu ihrer Fortentwicklung. Wollte er zu ehrlichen Wettspielen die Kämpfer ums Dasein rufen, so mußte er ihnen die gleichen Waffen vorstrecken und die gleichen Kampfbedingungen einräumen.

In dem demokratischen Liberalismus pulste kräftig der politische Expropriationsgedanke. Der Staat, so forderte er, sollte nicht mehr das Privateigentum einer Herrscherfamilie oder einer übermächtigen Gesellschafts- oder besser der Gesamtheit der staatslich organisierten Bürger gehören. In der demokratischen Staatsverfassung wurden gleichsam rein formell die Klassen beseitigt, tatsächlich bestanden diese aber noch in voller Kraft und Stärke fort. Der Liberalismus blieb bei seiner Expropriationsarbeit auf halbem Wege stehen. Der Staat löste sich nicht von der drückenden Herrschaft der Klassen los. In allen seinen Funktionen charakterisierte er sich noch als das Privateigentum der herrschenden Klassen. Er wurde, um mit Lassalle zu reden, nicht außerhalb des Privateigentums gesetzt. Seine Befreiungsstunde schlägt erst mit der Aufhebung der Klassen, in deren Lebensbedingungen die Tendenz, den Staat zu einem Privateigentum zu stampeln, eingebettet ist. Die Aufhebung der Klassen ist aber erst das Endglied einer unendlichen Reihe erbitterter Kämpfe zwischen den herrschenden und beherrschten Gesellschaftsklassen. Mit diesen Klassenkämpfen gehen tiefgreifende innere Metamorphosen an dem Wesen des Staates selbst vor. In das Stadium dieser Kämpfe und der sie begleitenden Wandlungen im Wesen des Staates müssen wir uns vor allem vertiefen.

Der Expropriationsarbeit des Liberalismus haften etwas Fragmentarisches an. Der Liberalismus schaffte wohl das Eigentum an dem Gebe, an der Person des Arbeiters ab, nicht aber beseitigte er das Recht des Kapitalisten, sich diesen Körper des Arbeiters durch Kauf auf dem Arbeitsmarkt anzueignen und ihn nach Willkür auszubenten. In gewisser Hinsicht blieb eben der Arbeiter trotz der Abschaffung der Leibeigenschaft noch ein mittelbares Eigentum des kapitalistischen Unternehmers. Wie über eine Sache schaltete der Unternehmer über die Arbeitskraft des Arbeiters. Und das Eigentum wird ja gerade vielfach als die ausschließliche und vollständige Herrschaft über eine Sache definiert. Den Kapitalisten enteignen, das heißt ihm sein Herrschaftsrecht über die Arbeitskraft nehmen. Geschichtlich stellt sich diese Enteignung als eine schrittweise Einschränkung der Herrschaftsrechte des Kapitalisten über die Arbeitskraft dar. Und mitten in einem Prozeß der Enteignung stehen wir heute.

Dem Absolutismus des Herrn im eigenen Hause“ flemmt sich nachvoll die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft entgegen. Sie ruft dem Autokraten der Fabrikwelt zu: „Hebe deine Hände von der unbegrenzten Ausbeutung des Arbeiters fort. Der Arbeiter muß sich zum Teil selbst angehören; und deshalb darfst du nicht unbeschränkt wie über Sachen über seine Arbeitskraft verfügen.“ Die Gewerkschaften greifen in das Herrschaftsrecht des Kapitalisten, den Arbeitstag nach seinem Gutdünken zu fixieren, ein. Sie sprechen ein entscheidendes Wort bei der Festlegung der Arbeitslöhne mit. Sie vereinbaren mit dem Unternehmer in der Gestalt eines Kollektivvertrags die wichtigsten Arbeitsbedingungen.

In der Arbeiterschutzgesetzgebung engt der Staat die Verfügungsgewalt des Kapitalisten über die Arbeitskraft ein. Er herrscht dem Unternehmer den Zehntelbestand auf, organisiert eine Vertretung der Arbeiter in den Betrieben, erläßt Schutzbestimmungen im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und kontrolliert die Durchführung dieser Bestimmungen durch seine Organe. Diese Arbeiterschutzgesetzgebung, so zweifelhaft sie auch heute noch ausgebildet ist, bedeutet doch einen wichtigen Einbruch in das Eigentumsrecht, in das Herrschaftsrecht des Kapitalisten über die Arbeitskraft. Weiter der Staat seine Machtbefugnisse über die kapitalistischen Unternehmungen im wachsenden Maße aus, so zieht sich die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Arbeitskraft des Arbeiters immer enger und enger zusammen. Die Betätigung der Arbeitskraft wird auf diese Weise mehr und mehr aus der Sphäre des Privateigentums gerückt. Die Expropriation der Expropriatoren ist im Marsche begriffen.

Seit der Entwicklung der politischen Funktionen hat der Staat mit eisernen Griffen die Eigentumsordnung zu gestalten gesucht. Die wirtschaftlich geloderten Bande der Leibeigenschaft

zerriß er durch seine Gesetzgebung vollständig. Mit dem absoluten Eigentum an der Person des Menschen machte er wenig Fedoresen, und vor dem teilweisen Eigentums- und Nutzungsrecht am Menschen dürfte er sich nicht erst ehrfürchtig voll verneigen, bevor er mit kräftiger Hand dieses Recht anpackt.

Jede Eigentumsordnung läßt im begrenzten Umfang wirtschaftliche Neubildungen zu, die eigentlich ihrem ganzen Charakter nach gegen diese Ordnung selbst rebellieren. In der vorcapitalistischen, noch unter dem Sterne der Zunft stehenden Zeit sproßten die kapitalistischen hausindustriellen Unternehmungen auf. In dieser Zeit wurden selbst die Fundamente der kapitalistischen Manufaktur gelegt. In den Tagen der Reife der kapitalistischen Produktion formt sich ein genossenschaftliches Großeigentum, das sich nicht vor dem Zutritt der arbeitenden Massen sperren und den kapitalistischen Monopolcharakter von sich abgeworfen hat. Die genossenschaftlichen Großunternehmungen Englands tun sich selbst für die unbemittelten Schichten der englischen Arbeiterschaft auf.

Mögen auch die Schöpfungen des Staates der Originalität entbehren, da sie bereits Gewordenes nur im großen Maßstab reproduzieren, so zeichnet sie doch oft ein gigantischer Zug aus. Der Staat bildet ja erst die ökonomischen und sozialen Neugealtungen folgerichtig durch, führt sie einer gewissen Vollendung zu und breitet sie weit über das Gebiet einer nationalen und internationalen Volksgemeinschaft aus. So kräftig auch der Gewerkschaftler seine Hände bei dem Aufbau wirtschaftlicher und sozialer Neugealtungen regen mag, niemals darf er die Begrenztheit dieser Arbeit vergessen. Eine unwahrscheinliche Gewalt fährt in diese Neugealtungen erst hinein, wenn sie aus dem gewaltiger Kraftüberschuss des Staates selbst schöpfen. Der moderne Staat hat enorme materielle Hilfsmittel und verfügt über ganze Heere sachverständiger Beamten und Arbeiter. Das, was im Kleinen eine wirtschaftliche oder soziale Organisation schuf, produziert er, sagen wir, auf nationalindustrieller Basis. Der Enteignungs-gedanke, der ökonomisch die Verfügung über die Arbeitskraft „außer dem Eigentum“ erklärt und politisch dem Staate den Charakter eines Privateigentums der herrschenden Klassen nimmt, bedarf zu seiner Fleischwerdung der ganzen ungeheuren Lebens- und Gestaltungskraft des Staates.

Grenzen der Gewerkschaftsbewegung.

W. S. Mit Begeisterung allein ist es im wirtschaftlichen Kampfe ebenförmig getan wie mit sentimentalem Beschlagen über die Rücksichtslosigkeit des Gegners. Wie jeder andere Krieg, so ist auch der des organisierten Arbeiters gegen den organisierten Unternehmer zunächst ein Rechenexempel. Bevor die Gewerkschaft zur Besserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Angehörigen einen Versuch unternimmt, von dem sie voraussehen muß, daß er beim Unternehmer auf Widerstand stoßen wird, hat sie sich über ihre Stärke klar zu werden und gleichfalls die Stärke des Gegners so genau wie möglich zu erkunden. Stellt sich dann ein eklatantes Übergewicht zugunsten des Gegners heraus, dann ist alle Begeisterung einem Pfifferling gleichzuachten, der Kampf auf eine günstigere Zeit zu verschieben und bis dahin durch erhöhte Beiträge der Kriegsfonds zu stützen. Oft genug wird ja nicht nach diesem Rezept gehandelt und es gibt ja keine Gewerkschaft, die in ihren Jugendjahren nicht mehr Gewicht auf die Begeisterung legte als auf materielle Mittel. Aber dafür ist ihr auch die Bitternis des Sprichwortes, daß, wer nicht hören will, fühlen muß, nicht erspart geblieben. Eine Wahrheit, die um so unangenehmer wird, je umfichtiger die Unternehmer ihre Organisation ausbauen. Mit dieser Tatsache steht keineswegs die Erfahrung in Widerspruch, daß heutigen Tages auch eine Niederlage durchaus nicht abschreckend auf die Arbeiter wirkt, ja, daß in manchen Berufszweigen die endlichen Siege der organisierten Arbeiter sich ans der Summe immer und immer wieder erlittener Niederlagen zusammenlagern.

Dieser scheinbare Widerspruch findet eine ganz natürliche Lösung. Ehedem, in den sechziger und achtziger Jahren, war der Lohnkampf ein Spiel va banque. Die schwachen Gewerkschaften mit 30 Pf. Monatsbeitrag brachten es durch lebhafteste Agitation dann und wann dahin, daß unglücklich ihre Mitgliederzahl rapid stieg, worauf es mit freihem Mute schnurstracks in den Streik ging. Dief er günstig aus, dann hatte der Mohr seine Schuldigkeit getan, und es war ein glänzender Erfolg, wenn der vierte Teil der neu Beigetretenen der Organisation treu blieb. Endete der Streik jedoch mit einer Niederlage, dann begann eine allgemeine Deroute, und nicht selten war es für einige Jahre mit der Gewerkschaft an Orte überhaupt vorbei. Das änderte sich erst, als die Gewerkschaft den Arbeitern „Selbstzweck“ wurde, als die Arbeiter sich durch hohe Beiträge und planmäßigen Ausbau des Unterzuchtungswezens an die Gewerkschaft ketten und die Organisation somit in die Lage kam, auch den hartnäckigen Gegner immer und immer wieder zu beunruhigen. Die gegenwärtig schon deutlich sichtbaren Folgen einer solchen, nur bei starken Gewerkschaften möglichen Taktik, haben wir in der Anerkennung der Organisation und in der Schaffung von Tarifverträgen vor uns. Das ist der bewaffnete Friede, der auf beiden Seiten, beim Arbeiter wie beim Unternehmer, einflußreiche Organisationen zur Voraussetzung hat, und von dessen Dauer es abhängt, ob die Arbeiterschaft sich allmählich mehr dem Ausbau des Genossenschaftswesens und anderen, der Ausbählung der kapitalistischen Gesellschaft dienenden Aufgaben zuwenden kann.

August Müller, der Redakteur der Magdeburger Volksstimme, hat es in seiner soeben erschienenen Broschüre „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“ unternommen, die jetzigen Nachverhältnisse im Kampfe zwischen Arbeit und Kapital systematisch darzustellen. Er hat mit dem Verfasser wesentlich auf ein Bild der Stimmungen und Stimmungen im Lager des Gegners an und daher nimmt die Größe

zung der Unternehmerverbände den größten Raum der 49 Seiten füllenden Broschüre in Anspruch. Da diese Verbände gewissermaßen Geheimorganisationen sind, die im Gegensatz zu den Gewerkschaften ihre Karten unter Ausschluß der Öffentlichkeit mischen, so war es eine maßvolle und wohl auch nicht lächerlich gelassene Arbeit, dem Proletariat zu zeigen, woran es ist; aber wir können uns freuen, daß es einem parteigenösslichen Schriftsteller überhaupt gelungen ist, das in zahlreichen kleinen Zeitungsnotechen verstreute Material zu sammeln und zu ordnen. Wer am gewerkschaftlichen und politischen Kampfe teilnimmt, wird zur Orientierung das Müller'sche Buch nicht gut entbehren können. Aber es ist auch, wir möchten fast sagen, ein ästhetischer Genuß, die Duesel, Menck und Lile am Werke zu sehen. Ausperrung, Streiklausel, Arbeitsnachweis, Boykott des Kunden, Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten einer Ausnahmeergesetzgebung, und was dergleichen schweres Geschütz mehr ist, paradiert an uns vorüber. Die Bulletin, in denen die Erziehung der Organisation, die Verfassung der deutschen Arbeiter proklamiert wird, offenbaren den Herzensdrang derer, mit denen die verantwortlichen Leiter, vor allem des preussischen Staates, sich ein Herz und eine Seele fühlen. Nach so prunkenden Reden jedoch überkommt uns fast ein Gefühl des Mitleids, wenn wir sehen, daß der großartige und ausgelagert aufgebaute Apparat doch nicht die Macht der Finsternis dauernd stabilisieren kann. Ermüdend ist dieser ruhelose Kampf des Scharfmacheriums für seine Urheber, ermüdend und schimpflich. Alles, was auf Ehre und Selbstachtung hält in der deutschen Arbeiterbewegung, sucht sich unausgesetzt der Despotie des Unternehmertums zu entziehen. Wer vor Jahresfrist als Streikbrecher bemitleidet wurde, ist heute vielleicht froh, wenn die Gewerkschaft ihn aufnimmt. Und wo der Unternehmer in seiner Verbotskraft unbeherrschbar bleibt, muß er durch den Import ausländischer Streikbrecher am deutschen Namen, an deutscher Kultur Verrat über seine Untat, die dadurch nichts an Schändlichkeit einbüßt, daß die, die sich ihrer schuldig machen, der innigen Ergebenheit deutscher Staatslenker sicher sind.

Unter dem Eindruck der Auslosigkeit des steten aufsteigenden Krieges sammeln sich dann allmählich Stimmen im Unternehmertum, die das bis dahin verfeimte Wort ansprechen, daß den Gewerkschaften die Anerkennung nicht länger verweigert werden dürfe und man in Tarifverträgen einen Waffenstillstand suchen müsse.

In Herrn v. Reizwitz, dem Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes von Hamburg-Altona; führt der Verfasser uns einen solchen, anscheinend zur Erkenntnis gelangten Scharfmacher vor. Wird aus diesem Anlaß der Vergleich der Unternehmertumstheorie vielleicht eine große Bedeutung beilegt, so ist es andererseits durchaus angebracht, wenn August Müller den Kleinmütigen in der Arbeiterbewegung einige einbringliche Worte spricht. Er sagt:

„Besonders die Deutschen, die bei jeder Niederlage, die von den Gewerkschaften mit in den Kampf genommen werden muß, eine tiefgründige Unternehmung über die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung anstellen pflegen, sollten das beachten, was der Scharfmacher ausspricht; vielleicht läme es ihnen dann zum Bewußtsein, daß die Gewerkschaftsbewegung es genau so macht wie auch Engels die ganze Menschheit: Sie setzt sich immer nur Aufgaben, die sie lösen kann. Ihre Macht hat Grenzen, die sich aus der jeweiligen Situation ergeben. Kubert sich diese, dann ändern sich auch ihre Grenzen. Aber es ist absurd, von absoluten Grenzen der Gewerkschaftsbewegung reden zu wollen. Das heißt voraus, daß die Gewerkschaften bleiben, wie sie sind; eine Voraussetzung, an deren Erfüllung zu denken den Gewerkschaften aber gar nicht einfällt. Die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung sind die Grenzen der modernen Arbeiterbewegung. Innerhalb der die Gewerkschaften ihren bestimmten Aufgabenbereich haben, und mit dem Wechsel der Situation ändern sie ihren Charakter und zwar so, daß sie immer erfüllen können, was sie zurzeit erfüllen müssen. Wer die Richtung hat, zu untersuchen, welches im gegebenen Moment die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung sind, mag ihr fröhnen. Er sollte sich aber vor dem Jargon hüten, bei jeder Gebärde auf absolute Grenzen der Gewerkschaftsbewegung stoßen zu können.“

Das sind beherzigenswerte Worte, über deren Bedeutung sich auch jene Genossen klar werden sollten, die zwischen Kampf und Unterstützungsvorgängen tiefgründig unterscheiden — als ob heute ein gewerkschaftlicher Kampf ohne weitestehendes Ausmaß des Unterstützungsgewebes möglich wäre! — oder die nach dem Konzept der achtziger Jahre in den Gewerkschaften nichts als Metastabilen der Partei anzuerkennen wollen. Gewiß sind die Gewerkschaften Metastabilen, aber in dem Sinne, daß ihnen die praktische Realisierung der Gruppen obliegt, mit denen heute im weitestehenden der Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsbauung und deren Träger zu führen ist und die weiter als erste Momente dem folgen dem dem Kapitalismus aufzuweichen haben. Darin liegt die Bedeutung der Gewerkschaften, daß es ohne sie und ihre Schulung und Erziehung keine sozialistische Gesellschaft geben kann.

Die schweizerischen Rühnmänner an der Arbeit.

Die schweizerischen Rühnmänner beschreiben planmäßig die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten und zur schließlichen Unterstützung der Arbeiterbewegung, um die Behauptungen der organisierten Arbeiterbewegung zu widerlegen. Auf die von uns schon erwähnte Broschüre von dem ungenannten Verfasser des Schweizerischen Arbeiter-Zeitung über „Schweizerische Industrie und Sozialismus“ ist eine neue Schrift aus der Feder des Zürcher Advokaten Dr. Meyer über „Die Arbeiterbewegung in der schweizerischen Maschinenindustrie im Jahre 1905“ erschienen, worin ihm der Verein schweizerischer Maschinenindustrieller den Auftrag gegeben. Die Schrift ist ein eifrig kapitalistisch-abolutorisches Machwerk, dessen Verfasser für die soziale Bewegung nicht das mindeste Verständnis besitzt, daher aber um so mehr mit abendlichen Wichtigkeiten über die Arbeiterbewegung redet und urteilt, wobei fast alle Behauptungen und aufgesetzte Drogen in Menge zu finden. Für den Zweck der Arbeiterbewegung ganz selbstverständliche Dinge, über die man gar nicht mehr reden und die man nicht erörtern, werden mit weiser Fortschrittslehre behandelt, da der Verfasser für einen eifrigsten ist. Es ist ungenügend genug, es man die Maschinenindustrieller seinen ausgedehnten Horizont und höchsten Begeisterung die in einem glücklichen Augenblick gemeinte Unterstützung bezeugen würde, daß 2x2 = 4. Und die soziale Bewegung man denke leicht alle die Bewegung zum Vorteil der kapitalistischen Interessen gegenüber der Arbeiterbewegung. Die Schweizerischen Rühnmänner geben die größte Kraft ihrer Selbstverleumdung, es genügt ihnen deren eifrig kapitalistische Stimmung und geistige Unfähigkeit (Machwerk). Sie stellen sich damit aber ein schändliches Zeugnis ab. Zunächst ist zu bedauern, weil sie sich mit einer solchen weissen Drogen begnügen. In ihrer schweizerischen Industrieller stellen sie vorzüglichste höhere Kenntnisse, als an ihre geistigen Mächten. Die organisierte Arbeiterbewegung vertritt ihre Interessen immer selbst und ihre Vertreter sind ihre eigenen Rühnmänner und Rühngewerkschaften, sie können keinen Mächten, um ihre Interessen gegenüber dem Schweizerischen Arbeiterverband zu verteidigen.

Die Broschüre soll offenbar die „Rundgebung“ der schweizerischen Maschinenindustriellen sein, von der Sulzer-Ziegler vorigen Herbst im Nationalrat rebete, als er seine ungeheuerliche Behauptung beweisen sollte, daß der Schweizerische Metallarbeiter-Verband ausschließlich des Gewerkschafts in Morlach den Kravall angezettelt und die Parole dazu aus Berlin erhalten habe. Vergebens sucht man aber die ganze 70 Seiten umfassende Schrift nach solchen Beweisen durch. Sie ist im Grunde genommen die Fortsetzung der erwähnten Sulzerischen Zammerbroschüre, daß die Arbeiterbewegung die Maschinenindustrie ruinieren. Ihre Fortsetzung würde demnach das Wiederverschwinden der Arbeiterbewegung und die stumpfsteigende Zufriedenheit der Arbeiter zur Voraussetzung haben. Stände die Sache wirklich so, dann wäre die schweizerische Maschinenindustrie allerdings unrettbar verloren, denn an ein Verschwinden der Arbeiterbewegung ist nicht zu denken. Bekanntlich liegt die Sache aber ganz anders. In Mit und Wahrheit hat die Arbeiterbewegung die Industrie nicht geschädigt oder gar ruiniert, sondern im Gegenteil auf der ganzen Linie mächtig gefördert. Die bedeutendsten Industrieländer der Welt: England, Deutschland, die Vereinigten Staaten haben auch die bedeutendste Arbeiterbewegung, insbesondere Gewerkschaftsbewegung, um die es sich hier hauptsächlich handelt. Die Frage kann daher nicht lauten: Industrie oder Arbeiterbewegung, sondern Industrie und Arbeiterbewegung.

Das advokatorische Echo der kapitalistischen Klageweiber und Zammerleute folgt einleitend: „In der schweizerischen Maschinenindustrie mehren sich Erscheinungen, die geeignet sind, das weitere Gedeihen eines bedeutenden Industriezweigs in Frage zu stellen. Es sind das allzu häufige Störungen des Zusammenwirkens von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Diese Störungen sind nicht nur Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern viel weiteren Kreisen auf das unangenehmste direkt fühlbar, sie berühren indirekt die Wohlfahrt eines großen Teiles des Schweizervolkes.“ Und darum wird mit der Schrift der Zweck verfolgt, über die vorjährigen Bohntämpfe in der schweizerischen Maschinenindustrie „aufzuklären“ und zum Studium der einschlägigen Fragen zu veranlassen.

Und nun werden in einseitig-advokatorischer Weise die Organisationsverhältnisse der beiden Parteien besprochen. Den 10000 Mitgliedern des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes werden die „wenigstens 60000 Metallarbeiter“ in der Schweiz gegenübergestellt. Der Rühnmännerverband umfaßt 118 Firmen mit 31200 Arbeitern. Ihm werden die allgemeinen Verhältnisse natürlich nicht gegenübergestellt. Nach der Statistik vom 1901 umfaßte die schweizerische Metall- und Maschinenindustrie 4769 Betriebe mit 45378 Arbeitern. Deren Zahl ist aber heute, da seitdem fünf Jahre verlossen sind, in denen eine kurze Rentenentwicklung stattgefunden hat, eine erheblich größere. Vor allem umfaßt demnach der Rühnmännerverband nur einen kleinen Teil aller Betriebe, er könnte also erst recht nicht als Vertretung der Maschinenindustrie auftreten. Es ist aber zuzugestehen, daß er alle Großbetriebe umfaßt und daß darin seine Bedeutung liegt. Die große Behauptung der Arbeiterbewegung, trotzdem sie nur einen Teil der Arbeiterbewegung umfaßt, liegt darin, daß in ihren Behauptungen die Interessen aller Arbeiter Ausdruck erhalten. Es haben sich dem die jetzt auch immer die unorganisierten Arbeiter mit Einschluß sämtlicher Streikbrecher die von der organisierten Arbeiterbewegung erzwungenen Erzeugnisse gerne gefallen lassen, die verlorene Arbeitszeit von 10, 9 1/2, 9, 8 1/2 und 8 Stunden, wie den höheren Minimallohn, die Lohnzuschüsse, die Lohnzuschläge für Überstunden, den freien Gewerkschaftsmitglied u. s. w. Sie haben diese Verbesserungen nicht nur gerne angenommen und mitgegeben und nicht nur nicht angelehnt, sondern im Gegenteil darauf reflektiert. Nur aufzuklären, der Arbeiterorganisation beizutreten und Opfer bringen möchten sie nicht. Sie bleiben vielmehr „lieb Kind“ bei den Unternehmern, „Arbeitswillige“ und der Regierung angenehme „nützliche Elemente“. Abgesehen von alledem besitzt die Arbeiterorganisation immer die größte moralische Kraft und Stärke, weil sie in der Tat die Vertretung der Interessen der gesamten Arbeiterbewegung ist.

Über den neugegründeten Arbeitgeber-Verband schweizerischer Maschinenindustrieller, der der eigentliche Abkömmling des deutschen Rühnmännerverbandes ist, erzählt man, daß er nur 90 Firmen mit 25700 Arbeitern umfaßt, also auch nicht einmal die Hälfte der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter.

Sodann werden die Kämpfe in mehreren Fabriken dargestellt, besonders eingehend der in der Siederer Morlach, der seine Hauptursache in der Beizung der Firma Anstalt, Srin & Cie. hatte, die Arbeits- und Lohnverhältnisse durch einen Tarifvertrag zu regeln. Schließlich ist eine solche Regelung aber doch zustande gekommen und zwar als eine Fortsetzung, die von der Regierung des Kantons St. Gallen genehmigt werden mußte. In dieser Darstellung wird der zum Selbstverleumdung bestellte Advokat gegen die Arbeiter nicht „Heer“ um sich, allein trotz dieses guten Willens kann er nicht behaupten, daß der während des Streiks vorgekommene Kravall vom Metallarbeiter-Verband „angezettelt“ worden sei, wie in leichtfertiger Weise Sulzer-Ziegler im Nationalrat behauptet hatte. Hier war er der Anführer eines wahren Genossen Schweizers, des Schwertes des Metallarbeiter-Verbandes, für seine Behauptungen den Beweis zu erbringen, damit anzugehen, daß er eine Rundgebung des Fabrikanten-Verbandes mit den gefährdeten Menschen in Morlach hielt. War schon dieses Benehmen äußerst seltsam, so ist jetzt noch auch noch die Entlassung darüber hinzugefügt, daß sie von demartigen Beweisen keine Spur enthält. Soll man den Mann nach dieser Drogen überhaupt noch ernst nehmen?

Man sollte nach bemerken werden, daß der Schweizerische Metallarbeiter-Verband zu dem von ihm nicht angezettelt Kravall in Morlach die Parole aus Berlin erhalten habe. Da wird man in der Tat der Versuch gemacht, die „Internationalität“ zu beweisen. Zunächst erhebt der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit seinen den Rühnmännern unterbreiteten Entwurf zu einem allgemeinen Tarifvertrag. Nach der eifrig, abgerundeten Erklärung der kapitalistischen Demagogie konstatiert der Advokat Meyer, daß die deutschen Metallarbeiter die kennen, die schweizerischen aber die küssen haben seien; es werden immer die einen gegen die anderen angezettelt und die Arbeiter des eigenen Landes zum Wachen genötigt. Die Schließlichkeit der schweizerischen Metallarbeiter soll darin bestehen, daß sie die Befähigung der Arbeitskraft verlangen, die Freiheit der deutschen Metallarbeiter, daß sie deren Befähigung fordern. Diese abendlichen Behauptungen sind jedoch in sich genommen, wenn man weiß, daß in der geschäftlichen Verteilung der Arbeiterarbeit als Arbeiter die deutschen mit den schweizerischen Metallarbeitern demnach übereinstimmen, und daß sich letztere ebenso wie erstere in der Frage mit der Regelung der Arbeiterarbeit begeben, wo sie die Befähigung nicht verlangen können. Sodann wird trotz der eben herangezogenen Unterzüge in den Forderungen die Unterzeichnung derselben in Deutschland und der Schweiz, ohne ihre glückliche Geltendmachung in beiden Ländern betont, um zum Schluß mit dem Kravall zu behaupten, daß der Schweizerische Metallarbeiter-Verband in Artikel 2 seiner Statuten die Befähigung habe, „Pflege der Internationalität durch Handhabung der Gewerkschafts- und Gewerkschaftsbeziehungen und Ausschluß an das internationale Sekretariat der Metallarbeiter.“ Damit ist zwar nicht das mindeste für die Schweizerische Behauptung von dem Import der Berliner Parole bewiesen. Der die „Internationalität“

des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes. Damit rennt jedoch der Advokat offene Lügen ein, während er andererseits die Internationalität des Schweizerischen Rühnmännerverbandes und des schweizerischen Kapitals ganz vergessen hat. Jener ist sozusagen eine Westentaschenausgabe des deutschen Rühnmännerverbandes für die Schweiz und er hat seine Internationalität aller Welt dadurch bekundet, daß er seine scharfmacherischen Laborate auch in der Deutschen Arbeiterbewegung veröffentlicht. (Und die schwarzen Listen des Deutschen Metallindustriellen-Verbandes werden auch an die Unternehmer in der Schweiz gefandt. Red.) Für die Internationalität des Kapitals ist besonders der Sulzer-Ziegler ein durchschlagender Beweis. Er hat in Winterthur eine Maschinenfabrik mit über 3000 Arbeitern, in Ludwigschaf an Rh. eine solche mit etwa 1200 Arbeitern. Seine Firma ist an vielleicht 100 in- und ausländischen Aktiengesellschaften mit Millionen als Aktionär beteiligt und in vielen Verwaltungsräten sitzen Sulzers als Lantienmenbezieher. Also auch in dieser Beziehung ist der Beweis für die Sulzerische Behauptung von dem Import der Berliner Parole mißglückt, eigentlich ist er gar nicht erst versucht worden.

Die Hälfte der Broschüre ist mit schaler Advokatenweisheit über unverstandene Begriffe, wie Minimallohn, Durchschnittslohn, Kollektivverträge und individuelle Arbeitsverträge, über Arbeiterauschüsse, über politische Neutralität der Gewerkschaften, über Akkorarbeit und Zeitlohn, über Sozialdemokratie und direkte Aktion, sowie über anderes mögliche und unmögliche gefüllt. Es ist nicht der Mühe wert, hier näher auf die kapitalistische Phrasologie einzutreten. Derartige Donquixoterie des Unternehmertums und seiner Handlanger offenbart wohl ihre völlige soziale Verständnislosigkeit und geistige Unzulänglichkeit, der Arbeiterbewegung aber vermag sie nicht nur nicht Abbruch zu tun, sondern sie im Gegenteil noch zu fördern. Und so könnten wir eigentlich auch mit der Leistung des Zürcher Advokaten mit dem selbsten Namen Meyer zufrieden sein, liefert sie uns doch neuen und billigen Agitationsstoff.

Geschäftsbericht der Süddeutschen Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft.

„Kurz und bündig“ berichtet der Vorstand dieser Berufsgenossenschaft über das Geschäftsjahr 1905.

Es sei dem Vorstand im abgelaufenen Geschäftsjahr „ein ganz besonderes Anliegen gewesen, Mittel und Wege zu finden, um die Explosionsgefahr, mit welcher die Herstellung von Aluminiumbronze bislang verknüpft ist, zu vermeiden, und wenn möglich ganz zu beseitigen.“ Wenn „unmöglich“ Berufene Sachverständige hätten in selbstloser Weise diese Bestrebungen „erheblich gefördert“, so daß die „berechtigte Hoffnung“ vorhanden sei, daß für die Aluminiumbronzeherstellung in absehbarer Zeit neue zweckdienliche Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden können. Die Berufsgenossenschaft hofft, daß diese Verhütungsvorschriften zum „gewünschten Ziele“ führen. Wir hoffen das auch und daß die Vorschriften von dem Unternehmertum auch beachtet und befolgt werden! Was nützen die schönsten Vorschriften, wenn man gar nicht danach handelt?

Verichert waren im Berichtsjahr 2272 Betriebe mit 69200 Vollarbeitern (inklusive Lehrlinge).

Die Gesamtöhne der versicherten Arbeiter betragen 63 Millionen Mark! Eine hohe Summe! Betrachtet man jedoch den Lohn des einzelnen Arbeiters, so ändert sich das Bild doch etwas.

Der Durchschnittslohn betrug pro Arbeiter im Jahre 1905 in Sektion I (Münberg) 777,23 Mk. (1904: 788,86 Mk.)

- II (Ludwigshafen) 989,34 • (• 929,90 •)
- III (Pforzheim) 894,86 • (• 958,94 •)
- IV (Gannau) 1023,71 • (• 891,06 •)

Kann die Edel- und Unedelmetallindustrie Süddeutschlands so stolz auf diese Zahlen sein? Angesichts der kolossalen Preissteigerungen überall solche Hungerlöhne! Sektion I (Bayern) schießt ja den Vogel ab. Ganze 777 Mk. verdient da ein Arbeiter! Was wird er mit dem ersparten Gelde anfangen? Die Fleischnot wird an ihm spurlos vorübergehen, da man mit 777 Mk. Jahreslohn wahrlich kein Fleisch kaufen kann! Trotzdem werden die „Begehrlichen“ ausgesperrt werden, wenn Zeit und Stunde gekommen ist. Sie würden ja zu übermütig werden!

Gemeldet wurden im Berichtsjahr 1907 Unfälle gegen 1689 im Vorjahr. Diese Steigerung zeigt, daß es wahrlich höchste Zeit ist, gutwirkende Unfallverhütungsvorschriften bald zu erlassen. Entschädigt wurden jedoch nur 319 Unfälle = 16 Prozent der gemeldeten Fälle. Ein glattes Geschäft, da ja 1344 Unfälle in den ersten 15 Wochen auf Kosten der Krankenkassen geheilt wurden. Den „Kerl“ auch noch Kernter!

Die entschädigten Verletzten waren 216 Erwachsene männlichen und 75 weiblichen Geschlechtes; ferner 21 jugendliche Arbeiter männlichen und 7 weiblichen Geschlechtes. Frauenarbeit also stark vertreten! Die höchste Zahl der Fälle ereignete sich wieder an Motoren und Arbeitsmaschinen mit 197 Fällen. Von den 319 entschädigten Fällen entfielen allein 226 auf Verletzungen der Arme und Hände. Als Folge der Unfälle meldet der Bericht trocken: 3 Fälle Tod! 73 Fälle völlige, 267 Fälle teilweise und 42 Fälle vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Die Schiedsgerichte arbeiteten wieder — gut! Von 190 anhängigen Berufungen wurden 136 zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 28 zugunsten der Verletzten entschieden, 18-Berufungen endeten mit Vergleich, 3 wurden zurück — genommen, 6 unerledigt. Im Rückwärtsjahre dasselbe „Glück“! Von 21 Rückfragen gemeldet die Berufsgenossenschaft 15 und die Verletzten nur — 2! 4 unerledigt. Es gibt noch Richter in Deutschland! Des Kampfes müde, haben sich eine größere Anzahl (29) Verletzte mit dem üblichen „Kapital“ absenden lassen, da der Bericht hierfür 11.000 Mk. vermerkt. Großmütig hatte die Berufsgenossenschaft auch ganze 342,68 Mk. für das Heilverfahren innerhalb der ersten 18 Wochen des Unfalls ausgegeben. Die Genossenschaft hatte in ihrem Etat für Unfallverhütung 500 Mk. vorgesehen, jedoch „sparfam“ nur — 32 Mk. verausgabt! Mehr Sparjamkeit kann man doch wahrlich nicht verlangen.

Die Bewegung für den Achttundentag in Frankreich.

P. Tr. Paris, 8. Juni 1906. Diese Bewegung, die am 1. und 2. Mai ihren Anfang nahm, hat nicht den so einfachen Verlauf genommen, wie dies auf dem Gewerkschaftskongress in Bourges (September 1904) beschlossen und erwartet wurde. Man glaubte, es genüge, zu beschließen, daß die Arbeiter vom 1. oder 2. Mai an nach Vollbringung einer Arbeitszeit von acht Stunden die Werkstätten einfach zu verlassen hätten, um nach langer Zeit mit oder ohne Kampf, zu der gewünschten Arbeitsveränderung zu kommen. In der letzten Zeit vor dem 1. Mai hatte sich ja schließlich eine verständigere Auffassung geltend gemacht, wozu die Konferenz der Industrie- und Berufsverbände, die am 5. und 6. April in den neuen Räumen der „Konföderation der Arbeit“ abgehalten wurde, Nennis ablegte.

* Dieser Bericht, den wir wegen Raummangel zurückstellen wollten, ist inzwischen in einigen Punkten durch die Ereignisse überholt worden. Darüber wird nächstens in einem Nachtrag gesagt werden. Red.

Während man den sozialistischen Parteiorganisationen den Vorwurf machte, daß sie zwar auf dem internationalen Kongreß von 1889 die Forderung des Achtstundentags aufgestellt hätten, ohne bisher etwas wesentliches durch die jährlichen Manifestationen am 1. Mai und die Tätigkeit in den Parlamenten erzielt zu haben, glaubte man den Beweis liefern zu können, daß man mit Hilfe der direkten Aktion ganz andere Resultate zu erzielen imstande wäre. Teilweise sind ja Resultate durch die Bewegung, die die Bourgeoisie und Aristokratie in heillosen Schreien verurteilt hat, erzielt worden. Während in manchen Korporationen Lohnrückgehungen durchgeführt wurden, erlangte man in anderen eine Verkürzung der Arbeitszeit, indessen nicht den Achtstundentag. Eine geringe Anzahl Unternehmer mancher Industrien haben ihn wohl bewilligt, indessen ist leider zu befürchten, daß sich diese nach Abschluß der Bewegung beiläufig werden, die in dieser Beziehung gemachten Zugeständnisse zurückzunehmen. Von einem kollektiven Verlassen der Arbeit nach acht Stunden, wie dies vorgesehen war, ist wenig bekannt geworden. Die Unternehmer, die auch ihre Forderungen glatt ab und die Arbeiter traten darauf in den Lustland.

Das Verdienst des in Bourgeois gefassten Beschlusses wird es bleiben, die Masse der französischen Arbeiter in Bewegung gebracht zu haben. Die Kämpfe, die sich jetzt ihrem Ende zuneigen, werden von großer Wichtigkeit sein. Viele französische Arbeiter haben während dieser Kämpfe erkannt, daß auch sie stark und mit Mitteln versehen Organisationen notwendig haben, um dem Unternehmertum eine bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit und menschenwürdiger Löhne abringen zu können. Die meisten Organisationen waren jetzt nicht imstande, ihren Mitgliedern oder ihren Berufsgenossen Streikunterstützung auszusprechen, und selbst die Einrichtung der sogenannten „kommunistischen Suppen“, namentlich bei den streikenden Wagenbauern, bildete keinen genügenden Ersatz dafür, so gut die verarbeiteten Mahlgüter den Betroffenen auch zu fließen kamen. Man kann überzeugt sein, daß man die großen Lehren, die diese Kämpfe mit sich bringen, beachten wird.

An der Konferenz der Verbände, von der wir oben sprachen, nahmen 32 Verbände durch 52 Delegierte teil; 3 nicht vertretene Verbände hatten Berichte eingeleitet. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage, welche Form die Manifestation am 1. Mai anzunehmen habe, und welcher Art die bei der Stellung der Forderungen zu beobachtende Taktik sein müsse. Drei Tendenzen traten hervor: 1. Soll man am 1. Mai während acht Stunden arbeiten und nachher die Werkstätten verlassen? 2. Oder soll der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden und der Streik am 2. Mai beginnen, im Falle die Unternehmer nicht den Achtstundentag bewilligen? 3. Oder soll man es den Organisationen überlassen, zwischen diesen beiden Taktiken ihre Wahl zu treffen? — Die Konferenz entschied sich dafür, den Organisationen die Wahl zu überlassen. Dann diskutierten man die zu stellenden Forderungen. Manche Verbände schlugen vor, den Unternehmern nur die einzige Forderung des Achtstundentags vorzulegen, die Vertreter anderer Verbände hoben mit Recht hervor, daß es, je nach den Regionen, noch gewisse Gewerbe und Industrien gäbe, in denen die Arbeitszeit eine überaus lange ist und manchmal 12 und 14 Stunden täglich übersteigt; hier könne man doch nicht sofort die Forderung des Achtstundentags stellen, man könne also nur für eine Reduktion der Arbeitszeit und eine Lohnrückgehungen kämpfen. Dies wurde angenommen und erklärt, daß es jeder Organisation überlassen bleibe, noch weitere Forderungen zu stellen. Dies waren die Beschlüsse der Konferenz über die Frage des 1. Mai und die mit demselben beginnende Bewegung.

Drei Verbände hatten schon früher erklärt, daß sie an der Achtstundentagsbewegung nicht teilnehmen würden; es waren dies zuerst die Textilarbeiter, die erklärten, daß ihre Organisation zu schwach sei, um den Kampf zu wagen; dann die Handschuhmacher wegen zu großer Ausdehnung der Hausindustrie; ferner die Eisenbahner, die ihre Organisation und die Pensionansprüche ihrer Mitglieder nicht gefährden wollten. Die Buchdrucker sprachen sich auf ihrem Kongreß von 1905 gegen die Forderung der acht Stunden und für den Neunstundentag bei gleichem Tagelohn und Erhöhung der Arbeitspreise um ein Neuntel (11 Prozent) aus. Letztere traten zuerst in den Kampf und zwar mit Rücksicht auf die Kammerwahlen am 6. Mai und die damit verbundenen umfangreichen Druckerarbeiten. Vor dem 1. Mai, das heißt am 17. und 18. April, brach der Streik in ganz Frankreich aus, das heißt überall dort, wo die Buchdruckereibesitzer nicht die gestellten Forderungen anerkannten. In mehr als der Hälfte der 165 Sektionen waren die Forderungen nach einigen Tagen durchgeführt; nach einigen Wochen betrug die Zahl mehr als 100, worunter eine Zahl bedeutender Firmen; nach drei Wochen Streik betrug die Zahl der Ausstehenden noch etwa 4500, wovon die Hälfte auf Paris und Umgegend entfiel. In Marseille ging der Streik verloren; in Lille, Cambrai, teilweise in Nancy, St. Etienne u. wird noch weiter gekämpft, ebenso in Paris. Hier befanden sich (am 3. Juni. Red.) noch etwa 1200 Seher im Streik; denselben konnte bis jetzt in regelmäßiger Weise die Streikunterstützung von 4 Franken (3,20 Mk.) pro Tag ausbezahlt werden und zwar in letzter Zeit dank dem Ausschreiben eines Streikbeitrags von 50 Centimes pro Mitglied und Woche für sämtliche dem Internationalen Buchdruckersekretariat angeschlossenen Verbände. (Die Verbandskasse zahlt 3,50 Franken und die Pariser Lokalfasse 50 Centimes.) Der Ausgang der Streiks in den Provinzialstädten hängt sehr von dem des Streiks in Paris ab. Der größte Teil der Pariser Seher arbeitet zu den neuen Bedingungen, indessen hat sich ein Haufen von Prinzipalpalen gebildet, die nicht nachgeben wollen und selbst die anfangs, respektive vor dem Streik gemachten KonzeSSIONen wieder zurückgezogen haben; sie beharren auf dem Neunstundentag u.

Am 23. April brach der Streik der Juwelen- und Schmuckarbeiter sowie der Gold- und Silberarbeiter aus, auf den wir noch zurückkommen. Am 1. Mai war ja die Arbeitsruhe eine sehr umfangreiche; viele Geschäfte wurden infolge der von der reaktionären Presse provozierten Panik, an der die übertriebenen militärischen Maßnahmen der Regierung nicht unschuldig waren, geschlossen. Am 2. Mai traten dann eine ziemlich bedeutende Zahl von Organisationen in den Streik, indem sie den Achtstundentag mit dem gleichen Lohne wie für die längere Arbeitszeit forderten. Für Anordnungen wurde ein entsprechender Ausschlag gefordert. Folgende Organisationen beteiligten sich an der Achtstundentagsbewegung: Die Lithographen, die Bauarbeiter (Maurer, Zimmerleute, Tischler, Maler u.), die Erdarbeiter verschiedener Kategorien, Holzarbeiter (Möbelfabrikanten, Holzvergoldner und Holzschleifer), Wagenarbeiter, Schneider. Sehr zahlreich waren die Metallarbeiter der verschiedenen Kategorien: die Maschinenbauer, die Kupferformer, die Klempner, die Modelleur, die Dreher und Fahrmaschinen, Kupferschmiede, Schmiede, die Eisenblecharbeiter u.

Von den Vergarbeitern streikten, nach den kaum beendigten Ausständen in den Westen des Nordens und des Pas de Calais, nur kleinere Organisationen in Mittel- und Südf Frankreich.

In Paris und Umgegend betrug die Zahl der Ausstehenden während der größten Ausdehnung der Bewegung etwa 140000 Personen. In der Provinz war die Zahl der Streiks und die ihrer Teilnehmer gleichfalls eine sehr bedeutende. In einer Reihe von größeren Städten, wie Lille, Saint-Etienne, Marseille, London, Brüssel, Montluçon u., war die Zahl der Ausstehenden verhältnismäßig ebenso groß als in Paris.

Die Wagenbauer, von denen etwa 23000 (von 32000) in den Streik traten, führten ihren Streik in guter Weise durch; hier hatten die Organisationen in vierzig verschiedenen Lokalen die „kommunistischen Suppen“ für ihre Mitglieder organisiert, wodurch einer großen Anzahl das Aushalten ermöglicht wurde; diese Bewegung wurde am 2. Mai als beendet erklärt. Die gestellten Forderungen wurden nicht durchgeführt. — Der Streik der Dreher und Fahrmaschinen wurde schon eine Woche früher abgebrochen.

Die Arbeiter in Präzisionsinstrumenten, die gute Unterstüßungsleistungen haben und dem Metallarbeiter-Verband angehören, feierten den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe; ihre Propaganda zugunsten des Achtstundentags festten sie fort, wobei sie teilnahmen sie nur vereinzelt an der jetzigen Bewegung; den Streikenden wurde eine Unterstützung von 5 Franken pro Tag zugesichert. In vier Städten erließen sich diese Arbeiter schon des Achtstundentags und in zwei erließ der Neunstundentag.

Die Bronsarbeiter (etwa 2000) beteiligten sich gleichfalls nicht an der Bewegung; sie erklärten in einer Versammlung vom 12. Mai, daß der Streik für sie augenblicklich unmöglich sei; sie beschloßen aber, die Arbeiter des Anzeublement bei ihrer Bewegung unterstützen zu wollen.

Wir bemerkten schon, daß sich die Metallarbeiter aller Kategorien sehr stark an der Streikbewegung beteiligten hätten; zuerst sind die Schmuckarbeiter aller Spezialitäten, Juwelenarbeiter, Gold- und Silberarbeiter u. zu nennen; infolge eines Beschlusses der betreffenden Arbeiterorganisationen vom 28. März hatte man sich mit den Unternehmern wegen Verhandlungen in Verbindung gesetzt. Die Unternehmern lehnten indessen ab, eine Kommission zu diesem Zwecke zu ernennen. Hierauf wurde eine Arbeiterversammlung mit folgendem Tagesordnung einberufen: Mitteilung der Unternehmer. Antworten. Bericht der Kommission der 8 Stunden. Was sollen wir tun? Antrag, den Generalstreik zu erklären. Der letztere Antrag wurde angenommen. In dieser Versammlung wurde auch bekanntgegeben, daß die Unternehmer geheime „Führungszettel“ eingeführt haben. Die Zettel enthielten unter anderem folgende Fragen: „Wozu beschäftigt man die Arbeiter das Haus, in dem er bis dahin beschäftigt war? Wie war sein Betragen? Ist er verheiratet? Wie ist seine Moralität? Verdient er seinen Lohn? Die Zahl der Unternehmern, um die es sich bei diesen Industrien handelt, ist sehr bedeutend, es sind ihrer etwa 2000. Die Forderung des Achtstundentags mit dem gleichen Lohne wie für 10 Stunden wurde aufgestellt, von der Versammlung gutgeheißen und der Generalstreik beschlossen. Nach wenigen Tagen betrug die Zahl der Ausstehenden schon etwa 8000. Nach einigen Wochen machte sich indessen der Mangel an genügender Unterstützung zu sehr fühlbar und die Schmuck- und Juwelenarbeiter nahmen die Arbeit wieder auf, um die Gold- und Silberarbeiter in ihrem weiteren Kampfe unterstützen zu können. Am 23. Mai, nach einer Dauer von einem Monat, nahmen auch diese die Arbeit wieder auf mit Ausnahme des Personals in vier Geschäften, die noch weiter streikten. Jetzt ist der Streik in dieser Industrie ganz beendet. Die angeführte Herabsetzung der Arbeitszeit um 2 Stunden täglich ist leider nicht erreicht worden.

Die Metallformer und Blecher haben sich an der Bewegung für die 8 Stunden nur wenig beteiligt. Der Verband war durch den langen Streik der Eisenformer in Paris und Umgegend (Frühjahr 1905) noch zu sehr geschwächt, um eine allgemeine Bewegung unternehmen zu können. Bei der Firma Ziesel in Soissons erlangten die Former die Verringerung der Stückerarbeit auf 50 Cts. Lohnrückgehungen pro Tag für die Hilfsarbeiter, in Revin bei der Firma Fame eine Erhöhung der Tarife, in Amiens den Zehnstundentag, anstatt elf. In Saint-Florent, Lyon, Saint-Etienne, Clermont, Dole, Ruffec, Chartres und Charleville dauern die Streiks noch an.

In Paris streikten von den Eisenformern nur eine kleine Zahl, etwa 30, in einer Fabrik. Dafür sind aber die Kupferformer von Paris und Umgegend seit dem 2. Mai im Streik. Diese sind, nachdem sie mit ihren Beiträgen an ihren Nationalverband schon lange im Rückstand waren, seit Ende März aus demselben ausgestiegen. Man zählt hier ungefähr 1400 Kupferformer, 800 Hilfsarbeiter und Angehörige anderer Berufe, zusammen 2200. Sie fordern den Neunstundentag mit dem Lohne für 10 Stunden und Erhöhung des Stückerlohns um 10 Prozent. Einige Unternehmer wollten bewilligen, indessen wurden sie von der Unternehmernorganisation daran verhindert.

Der eigentliche Metallarbeiter-Verband ist durch die Streikbewegung sehr mitgenommen worden. In zahlreichen Orten der Provinz ist es den Mitgliedern gelungen, dort, wo bisher 11 und 12 Stunden gearbeitet wurde, den Zehnstundentag einzuführen mit einer kleinen Lohnrückgehungen von 5 oder 10 Cts. pro Stunde als Ausgleich für den Zeitausfall. Von etwa 18000 regelmäßig die Beiträge bezahlenden Mitgliedern befanden sich nicht weniger als 14000 im Streik. Verschiedene starke Verbandssektionen in der Provinz, wie in Gennevilliers, Montluçon, Fromelles, Villers-Cotterêts, wo der Kampf gegen sehr mächtige Unternehmerkoalitionen geführt wurde, gehen aus der Bewegung sehr geschwächt hervor. Dann hat der Verband noch Streiks in Lille, Audincourt, Longwy, Dole, Saint-Claude, Lyon (wo Generalstreik ist), Denain, Cosnes, Framing, Alcon, Le Ghambon, Loriet, Brast u. durchzuführen. — In Saint-Etienne streikten gleichfalls 2000 Metallarbeiter und die Hufeisenschmiede.

In Villers-Cotterêts befinden sich etwa 4000 Arbeiter, wovon 3400 Ausländer sind (Italiener, Deutsche, Luxemburger); die französische Regierung hat kürzlich angekündigt, daß sie gegen die Unternehmer in Villers-Cotterêts wegen Verletzung der Freiheit der Arbeit, vorgehen werde; eine Untersuchung ist im Gange, indessen wird wohl für die Arbeiter nichts dabei herauskommen. (Schluß folgt.)

In Villers-Cotterêts befinden sich etwa 4000 Arbeiter, wovon 3400 Ausländer sind (Italiener, Deutsche, Luxemburger); die französische Regierung hat kürzlich angekündigt, daß sie gegen die Unternehmer in Villers-Cotterêts wegen Verletzung der Freiheit der Arbeit, vorgehen werde; eine Untersuchung ist im Gange, indessen wird wohl für die Arbeiter nichts dabei herauskommen. (Schluß folgt.)

Die Bureautratie in der Gewerkschaft.*

In der Neuen Zeit, Nr. 35 dieses Jahrganges, wendet sich der Genosse Weithner an die Sozialisten in den Gewerkschaften, ihnen an der Hand der Tatsachen die notwendige Änderung der gewerkschaftlichen Taktik zu zeigen. Nach ihm ist eine der wichtigsten und aktuellsten Fragen die der gewerkschaftlichen Bureautratie. Dieses in schlechtem Sinne gebrauchte Wort möchte er nicht für die Willkürherrschaft der Beamten anwenden, sondern die Gesamtheit der angestellten Beamten in den Gewerkschaften meint er. Diese Unterscheidung mag den Lesenden Zweck verfolgen, der Volemik möglichst die Schärfe zu nehmen; sie ist aber so sehr bei den Lesern herbeigezogen, daß man bestmöglichst ihren Grund der Konsequenzenmacherei nicht zu zeigen braucht. Es ist schon besser, wie sagen uns klar und deutlich, was wir wirklich meinen und versuchen nicht, den Sinn der Worte zu verschleiern. Bureautratie ist und bleibt das System der auf die Spitze getriebenen Beamtenherrschaft. Das Wort läßt sich schlechthin nur in diesem Sinne anwenden. Bureautratie aber ist mit Demokratie so un-

* Wie das Organ des Bauhilfsarbeiter-Verbandes berichtet, ist dieser Artikel von der Redaktion der Neuen Zeit abgelehnt worden. Einige Stellen in dem Artikel sind zwar nicht glänzend formuliert, doch wäre es unserer Meinung nach der Redaktion der Neuen Zeit leicht gewesen, eine bessere Fassung mit dem Autor zu vereinbaren. Da dies nicht geschehen ist, bleibt nur die Annahme übrig, daß die Redaktion der Neuen Zeit mit der Tendenz des Artikels nicht einverstanden war. Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung.

vereinbar wie Feuer mit Wasser und mer den Nachweis zu führen unternimmt: in den nach demokratischen Grundsätzen organisierten deutschen Gewerkschaften sei Platz für eine Bureautratie, der muß auch beweisen, daß die deutsche Arbeiterklasse in ihrer intellektuellen Entwicklung zurückgeblieben. Ohne Bureautratie ist nur möglich innerhalb einer tragen, stumpfen, denkfaulen Masse, die selbst zu wenig intelligent ist, über ihre Geschichte urteilen zu können und darum sich die Herrschaft einer vorgefertigten Behörde gefallen lassen muß, weil sie sonst aus Rand und Band ginge. Leidet eine Arbeiterorganisation ein Beamtentum, das, weil in „höherer Lebensstellung“ gekommen, den revolutionären Ipegehalt an die Seite legt, das am seiner selbst willen expliziert und meint, seine Interessen wären die Interessen der Arbeiterbewegung, dann wehe dieser Gewerkschaft. Innerhalb der deutschen modernen Arbeiterbewegung wäre sie nicht möglich und im Stumpfe der Opportunitätsdumme würde sie bald eskidieren. Die Demokratie wird geboren im Widerstreit der Meinungen. Unsere Sitzungen, unsere Versammlungen, unsere Kongresse zeigen jedem vorurteillosen Kritiker, daß in der modernen Arbeiterbewegung den Beamten die Kraxen des Bureautratismus zu hoch hängen. Hat der Fischer Weithner schon einmal darüber nachgedacht, welche Anforderungen die klassenbewußte Arbeiterklasse heute an ihre Führer, an deren Kaserate und an die Arbeiterpresse stellt? Das Bedürfnis nach Wissen und Bildung ist gewachsen, der Kapitalismus verhindert seine Befriedigung und die bezahlten Funktionäre sollen mit ihrem Verstand und Können hier ausbessern und vermitteln, das ersetzen, was die bürgerliche Welt den Mitgliedern vorenthält.

Der Marxist Weithner unternimmt es, gesellschaftliche Entwicklungsstadien, die ihre letzten Ursachen in veränderter Produktionsweise und sich ungestalteter Eigentumsverhältnisse haben, in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen und gleich ihm bringen es andere sozialdemokratische Gewerkschaftskritiker fertig, den Satz von Karl Marx: „Kapital flücht Lärm und Streit und ist angestrichelter Natur“ auf die finanziellen Mittel des Klassenkampfes zu übertragen. Diese Mittel, die gebraucht werden, den Kapitalismus zu bekämpfen, gehören zu den Weithnerschen „Tatsachen“, mit denen er seine Gewerkschaftskritik vollbringt. Im Interesse der theoretischen Vertiefung der Gewerkschaftsmittelglieder kann man es nur bedauern, daß Leute, die gern möchten, sie hätten Marx in Gebirg genommen, durch diese Art der Kritik die Arbeiter Marx nicht verstehen lehren. Und von ihnen ist es dann auch nicht weiter bestrebend, wenn sie, nachdem sie Waren produzierende staatliche Gebilde und Klassenbewegungen der Arbeiter in einen Topf geworfen haben, den Angehörigen der Arbeiterbewegung als Lohnarbeiter vorzunehmen und ihm untergeschoben, er verliere durch seine sachliche Ausbildung und rednerische Schulung inmitten seiner agitatorischen Tätigkeit das Klassenbewußtsein! Diese Kritik wäre zum Lachen, wenn sie nicht von einer Seite käme, mit der wir durch gemeinschaftliche Klasseninteressen so eng verbunden sind. Eine der bedeutendsten Tatsachen, mit denen Weithner die Entwicklung seiner gewerkschaftlichen Bureautratie vom Klassenbewußtsein zum bourgeois Denken beweisen will, sind die Unterstüßungsleistungen in den Gewerkschaften. Dazu sagt er wörtlich:

„Je mehr diese Unterstüßungsleistungen ausgebaut werden, um so größer wird das Heer der Beamten, um so mehr wächst aber auch deren Solidarität unter einander. Während zuerst der einzelne Beamte infolge seiner Isolation vollständig abhängig von der Organisation war, in ihr aufging, verliert jetzt der Beamte leicht die Fühlung mit der großen Masse der Gewerkschaftsmittelglieder, können sich in ihm Anschauungen und Empfindungen entwickeln, die von denen dieser Mitglieder abweichen.“

Wenn diese Logik des Genossen Weithner nicht zu Boden wirft, der wird im Stehen noch sterben können. Auch der letzte der Gewerkschaftsmittelglieder weiß, daß die Unterstüßungsleistungen den Genossensverbänden ein notwendiges Mittel ihrer Werbetätigkeit und gegen die Fluktuation ihres Mitgliederbestandes sind; jeder weiß auch, daß gerade die Verbände mit den besten Unterstüßungsleistungen den wirtschaftlichen Teil des Klassenkampfes am zähesten und für ihre Mitglieder am vorteilhaftesten zu führen vermögen. Jeder Arbeiter fühlt schmerzhaft infolge, daß das soziale Elend in tausendfältiger Form täglich neu geboren wird durch den kapitalistischen Produktionsprozeß. Und nach Weithner soll der Arbeiter, wenn er zufolge seiner weiter vorgeschrittenen Entwicklung ein bezahltes Vertrauensamt in seiner Gewerkschaft erhält, so ganz entgegen seiner bisherigen Denkweise in den Stumpf bourgeois Vorurteils gegen die Arbeiterklasse geraten. Nun, nachdem er berufen ist, den Ausfluß des sozialen Elends mit zu überwaehen, wie er es nun in nächster Nähe steht, daß alle sozialen Schicksalsplattförmchen der Lohnarbeit ihren menschenmordenden Stachel nicht nehmen können, jetzt, wo er täglich an der kapitalistischen Produktionsweise in irgend einer Form Kritik üben muß — „verliert er leicht die Fühlung mit der großen Masse der Gewerkschaftsmittelglieder!“ Und ist es der Arbeitsvermittler, so kommt es mit ihm sogar dahin, daß er den Wertmaßstab des Unternehmers an den Arbeiter anlegt und unbewußt zum Förderer der Unternehmerinteressen wird. So führt die Weithnersche Gewerkschaftskritik den Gewerkschaftsbeamten hinüber in die Weltanschauung der herrschenden Klassen. Überdies hat Weithner ja Recht: wer durch irgend welche sozialgeschliche oder gewerkschaftliche Tätigkeit den Arbeiter physisch heilt, verfürzt die durchschnittlich notwendige Arbeitszeit, die der Arbeiter braucht zum Verdienst seines Lohnes und erhöht den Mehrwert des Unternehmers. Die gesamte sozialpolitische und gewerkschaftliche Aktion nicht dem Kapitalisten ebenso wie dem Arbeiter; deshalb werden wir mit der Sozialpolitik und den Gewerkschaften den Kapitalismus niemals überwinden. Wenn ein brutales Scharfmachertum sich dagegen auflehnt, so ist das seiner Paffigkeit und sozialen Verrohung zu danken. Für uns handelt es sich lediglich um das Mehr von Sympathie der Gewerkschaftsmittelglieder, und so lange die Gesamtarbeiterbewegung nicht mächtig genug ist, dieses Mehr so zu vergrößern, daß dem Kapitalismus der Mehrwert beschritten wird, ist unsere Arbeit für die Gegenwart eine bewußte oder unbewußte Tätigkeit für das Unternehmertum. Will der Genosse Weithner so die Unternehmerinteressen nicht fördern, so muß er ein gutes Stück vom zweiten Teile des Erfurter Programms drangeben und aus seiner Gewerkschaft austreten.

Wollends den Lohnkämpfen flieht der Genosse Weithner wie der Mann im Monde gegenüber. Er sagt:

„Die Vorstände sind oft eifrig bemüht, auf die hochgehenden Wogen des in seinen Wirbeln revolutionären Kleinrieges zwischen Arbeit und Kapital das besänftigende Öl der Diplomatie zu gießen. Nichts zeigt dies mehr als das Bestreben der Verbände, die entscheidende Rolle bei der Lohnbewegung in die Hände zu bekommen. Schon seit vielen Jahren erheben die Zentralvorstände der Gewerkschaften die Forderung, das alleinige Bestimmungsrecht über Krieg oder Frieden auf dem sozialen Kampfpfad zu erhalten, meist ist ihnen das ja heute auch schon gelungen. Man argumentiert dabei so, als wären die gesamten Kosten der Streiks durch die Vorstände auszubringen, so man vermeint auch auf ihre infolge ihrer Stellung größere Objektivität.“

Die deutschen Metallindustriellen beschließen, 60 Prozent der organisierten Metallarbeiter über ganz Deutschland auszusperren, weil an einigen Orten die former Forderungen stellen. Wer soll nun darüber in kürzester Frist bestimmen, ob anderthalbhunderttausend Arbeiter auf das Straßenspallster fliegen und andere Tausende in Mitleidenschaft gezogen werden? Soll darüber in ein paar tausend Versammlungenstellen und Sektionen abgestimmt werden? Können die Klempner in Lirichenreuth und die Schmiede in Lagerdorf die gesamte Geschäftsfrage der Metallindustrie, von der es abhängt, ob der Freiheitdank der Rühmehämner ausgenommen wird oder nicht, beurteilen? Wer kennt die Konjunktur des Sa- und Landes besser, wer weiß es, welche Werke am schwersten oder weniger hart getroffen werden können? Auf es nicht der Zentralvorstand sein, der in solch gewaltigen Dingen die taktischen Direktiven gibt? Heute gilt es doch, den wirtschaftlichen Gegner immer nur an den Stellen anzugreifen, wo er zur gegebenen Zeit am leichtesten verwundbar ist, ihn nie auf der ganzen Linie zur Ruhe kommen zu lassen, heute hier mit ihm Verträge abzuschließen und morgen dort mit ihm anzubinden. Die Gewerkschaftsbewegung ist dem gegen-

Leben Unternehmern in großen Frontschlachten nicht gewachsen. Die disziplinierten Gruppen müssen vorgehoben und wieder zurückgezogen werden können, je nachdem die Umstände es gebieten.

Wenn man mit Geithner darin einig ist, daß es der deutschen Arbeiterbewegung an theoretischer Vertiefung und sozialistischem Denken mangelt, so muß man diese Art der Gewerkschaftskritik um so lebhafter bedauern.

Aus Sachsen.

Die Selbsttaten und die berühmte „geistige Freiheit“ des Hirsch-Dunderschen.

M. M. Wie in den verschiedenen Orten Sachsens, so sollte auch am 23. Juni in Radeberg nach der Ankündigung des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins in der bürgerlichen Presse eine „Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung“ stattfinden.

Diesem ebenso jährlichen wie heimlichen Streben der Gewerkschaften geht man nun die Krone auf, indem man unter der heuchlerischen Maske, Arbeiterinteressen zu wahren, über die Lehren der Metallarbeiterstreikung sprechen will.

Wenn erst die Schande wird geboren, wird sie heimlich zur Welt gebracht, wagt sie aber und wagt sie groß.

Für die öffentliche Versammlung in Radeberg hatte der Gewerkschaftsverein, hauptsächlich der Stärke wegen, gleich des Bureau mitgeteilt, um so keine ebenso berühmte wie berühmte Geistesfreiheit zu wahren.

Die künftigen Hirsch-Dunderschen werden nicht mehr zu haben und so wird dem Streikenden der Versammlung nichts weiter übrig, als zu erklären: „Seine Herren! Da keine Hilfe mehr, macht ich nun meinen Handstand selbst und fuchtel alle auf, den Gott zu verfluchen.“

Wenn man die „Hirsch-Dunderschen“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hinter verschlossenen Türen anpreisen darf, so ist es in Sachsen gewissermaßen ein noch schlimmeres Verbrechen, als in anderen Gegenden.

Sie sind einander wert.

Das Organ der Metallindustriellen, die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, und die Organe der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. In Nr. 24 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung befindet sich wieder einer der berühmten Artikel, dessen Verfasser man unrecht tut, wenn man annimmt, er sei in der Lage, der Wahrheit die Ehre geben zu können.

Man sagt nun, man habe erreicht, was man wollte: die Arbeiter dürften sich jetzt dem christlichen Verband anschließen. Damit ist für diese Arbeiter, die unter den gedrücktesten Verhältnissen leiden, noch wenig oder gar nichts getan.

Der mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß lebt, fängt sich in seiner eigenen Söhne. Die Nr. 25 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, Zentralblatt der deutschen Arbeitgeberverbände, läßt sich also vernachlässigen.

Diese Notiz macht der Gewerkschaft, zu schwindeln, alle Ehre. Zunächst sei festgestellt, daß die Formel und Sprechweise bei der Firma Louis Paul & Co. keine Lohnforderungen gestellt haben.

Der größte Erfolg soll in dem „rapiden Wachstum“ des schwarzen Verbandes im Saarrevier erreicht worden sein. Zweieinhalb Tausend Mann seien während des Ausstandes beigegeben.

Die Lügengeschichte der „Christlichen“.

In dem Organ des schwarzen Metallarbeiter-Verbandes und in der ganzen sozialdemokratischen Presse ist der Kampfes auf der Bursbacher Güte zu einem großen Erfolg umgewandelt worden. Doch die Wahrheit heißt sich nicht lassen.

Beste dieser beiden für einen größeren Kampf unerlässlichen Faktoren wird er aber nie gelangen.

Gegenüber dem teilweisen Geständnis der Röllnischen Volkszeitung vernehme man nun, was das Organ des schwarzen Verbandes schreibt: „Der christliche Metallarbeiter-Verband hatte Geld genug, die ganze Bursbacher Güte in Grund und Boden zu streifen.“

Nichts als Fäulerei! Eine längere Stilllegung des ganzen Betriebes konnte doch nur eintreten, wenn die Hochöfen hätten stillgestellt werden müssen. Bei diesen ist jedoch nicht einmal eine vorübergehende Störung eingetreten.

Man sagt nun, man habe erreicht, was man wollte: die Arbeiter dürften sich jetzt dem christlichen Verband anschließen. Damit ist für diese Arbeiter, die unter den gedrücktesten Verhältnissen leiden, noch wenig oder gar nichts getan.

Der größte Erfolg soll in dem „rapiden Wachstum“ des schwarzen Verbandes im Saarrevier erreicht worden sein. Zweieinhalb Tausend Mann seien während des Ausstandes beigegeben.

Die künftigen Hirsch-Dunderschen werden nicht mehr zu haben und so wird dem Streikenden der Versammlung nichts weiter übrig, als zu erklären: „Seine Herren! Da keine Hilfe mehr, macht ich nun meinen Handstand selbst und fuchtel alle auf, den Gott zu verfluchen.“

Wenn man die „Hirsch-Dunderschen“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hinter verschlossenen Türen anpreisen darf, so ist es in Sachsen gewissermaßen ein noch schlimmeres Verbrechen, als in anderen Gegenden.

Zur Formerbewegung.

Wenig. Auch ein Entgegenkommen! In der Peniger Maschinenfabrik Altwiesenthal herrschen zum großen Teile noch geordnete kapitalistische Verhältnisse. Deshalb hat die Formel und Sprechweise dieses Betriebs in eine Lohnbewegung eingebettet.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Wie wir bereits berichteten, hat der Buchbinder-Verband gegenwärtig einen schweren Kampf mit den Kleisterproben ausgesetzt. Es ist bei diesem Kampfe auf nichts geringeres als auf die Vernichtung des Verbandes abgesehen. Der Verbandsvorstand hat deshalb bis auf weiteres eine Extrafreier von 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder ausgeschrieben. Daneben sollen die Sammellisten weiter zirkulieren.

200000 Exemplare. In dieser Auflage ist die Nr. 26 des Grundstein, des Organs des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, erschienen. Die Auflage der des Blattes betrug in den Jahren 1902: 91000 Exemplare, 1903: 109600, 1904: 142000, 1905: 170700 und 1906: 200700. Ein „1891 bis 1906“ überschriebener Leitartikel beschäftigt sich mit der Entwicklung des Verbandes und geht besonders ausführlich auf die Schwierigkeiten ein, mit denen er in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zu kämpfen hatte. Heute ist es erfreulich, zu sehen, daß der jäh, unermüdliche Kampf der Genossen, die damals für die Kräftigung und Ausbreitung des Verbandes tätig waren, so herrliche Früchte getragen hat, und dies trotz der wütenden Anstrengungen seiner Gegner, ihn nieder zu ringen. Möge der Zentralverband der Maurer und mit ihm sein wackeres Organ noch weitere Erfolge erringen, zum Heil sowohl seiner Mitglieder als auch der gesamten Arbeiterbewegung!

Bei der Firma Haas in Heuchelheim (St. Dillenburger) sind Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen worden. Infolge dessen hat eine am 31. Mai abgehaltene öffentliche Gewerkschaftsversammlung beschlossen, den Boykott über diese Firma zu verhängen. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, keine Zigarren, keinen Pauchtabak und keinen Kautabak von dieser Firma zu kaufen.

Aus den Unternehmerverbänden.

Byzantiner nach oben, Scharfmacher nach unten. Unter dieser Devise hatten sich am 20. Juni in Nürnberg wieder einmal die Delegierten des Zentralverbandes deutscher Industrieller versammelt. Was die Herren in der Öffentlichkeit „verbandeln“, hat nun freilich wenig Bedeutung. Sie arbeiten mehr im Stillen und haben ihre Vertrauensleute in den Parlamenten, Ministerien und Verwaltungen. Deren Tätigkeit macht kein Aufsehen, ist aber sehr erfolgreich. Ehe die Herren anfangen, öffentlich zu mimen, wurde eine Ausschusssitzung abgehalten. Dann begann die öffentliche Vorstellung unter dem Vorhiss des Majors Popelius mit der Absendung von Guldigungsgrammen an Wilhelm II., „Seine königliche Hoheit Prinz Luitpold, des Königreichs Bayerns Verweser“ (nicht einmal richtig deutsch kann die Gesellschaft), an den Reichskanzler und Oberkammerherrn, und dann noch an ein paar bayerische Erzherzöge. Bei dieser Speichelleckerei an Gros wurde nach genau abgestufter Stala verfahren. Sie begann mit: „treu gehoramt“, wurde dann „ehrfurchtsvoll“ und schließlich „ehrerbietig“. Das vertelegraphierte Geld wird seine dicken Zinsen tragen. Das wissen die Herren genau, darum verjümen sie bei keiner Gelegenheit, sich so zu geben, als ob sie den Patriotismus in Erbpacht genommen hätten. Am 9. Dezember vorigen Jahres der Antritt des Zentralverbandes in Berlin tagte, verjünte er nicht, eine Resolution anzunehmen, worin die Flottenvorlage „freudig begrüßt“ und „eine wesentlich schnellere Förderung des Flottenbauplans für dringend erwünscht“ erklärt wird. So etwas macht sich immer bezahlt, besonders wenn dabei noch kräftig die „waterlandsche“ Sozialdemokratie geschimpft wird. Auch diesmal wurde in das selbe Horn geblasen, besonders in dem Geschäftsbericht, den der Generalsekretär Bueck erstattete. Nach seinen Angaben hängt „das Wohl und Wehe der deutschen Industrie und die Möglichkeit, der zunehmenden Bevölkerung Arbeit zu verschaffen, von der Ermäßigung der Produktionskosten ab. Zu dieser Ermäßigung könnte die Herabsetzung der Güterfrachten wesentlich beitragen“. Es dümmert also auch Herr Bueck allmählich die Überzeugung auf, daß es nicht länger möglich ist, die Arbeiter mit höheren Löhnen abzuspeisen, wie es noch in einer Reihe von Industriezweigen geschieht, und auf diese Weise die Ermäßigung der Produktionskosten lediglich auf Kosten der Arbeiterklasse zu betreiben. Die Profitrate des Unternehmertums darf nach Ansicht der Scharfmacher beileibe nicht angetastet werden. Die Beschlüsse des Reichstags in bezug auf die Finanzreform hätten in „weiten Kreisen“ (lies: Scharfmachertreuen) einen „peinlichen Eindruck“ hervorgerufen. Damit meinte der Herr Bueck aber nicht die ungerecht wirkende Fahrkartensteuer, die Zigarettensteuer, die Erhöhung der Biersteuer u. s. w., sondern nach ihm „sei es nicht zu verstehen“, „wie man den Grund der Mehrheitsparteien für die Abweisung der Vorschläge der Regierung habe gelten lassen können, daß eine Belastung der Massen beziehungsweise der Arbeiter zurückgewiesen werden müsse. Dieser Grund sei hinjänglich mit Rücksicht auf die Umstände, daß die Arbeiter sich selbst freiwillig einer Besteuerung von 50,100 und noch mehr Mark zugunsten ihrer Organisation auflegen und immer noch bereit sind, freiwillig zu spenden, wenn es sich um den Kampf gegen den verhassten Arbeitgeber handelt.“

Ein ungeschicktes Eingeständnis! Die Gewerkschaften sind den Scharfmachern ein Dorn im Auge, weil sie den Unternehmern hindern, seiner Ausbeutungslist die Zügel schießen zu lassen. Da die Veruche, die Gewerkschaften gewaltam zu unterdrücken, bis jetzt immer den entgegengesetzten Erfolg gehabt haben, wünschen die Scharfmacher, daß die Gewerkschaften abgemürgt werden, indem die Arbeiterkraft demassen mit Steuern belastet wird, daß sie die Beiträge nicht mehr aufbringen kann. Dabei wird dem Arbeiter jeder Bissen Brot, jedes Stückchen Fleisch — notabene soweit er sich überhaupt noch etwas leisten kann —, jede Pfote Tabak, jedes Körnchen Salz und noch vieles andere mehr ohnehin schon in unerhörter Weise enteignet. Die Herren sollen es wieder wagen, das Wort „Arbeiterfreundlichkeit“ in den Mund zu nehmen. Dann kann man ihnen diese Äußerungen des Herrn Bueck vorkommen, dessen „mit größter Freische und Energie“ gehaltene Rede „mit lebhaftem und herzlichem Beifall“ aufgenommen werden ist. Das übrige, was der Bueck nach dem Bericht der Deutschen Industrie-Zeitung vorgelesen hat, ist nicht neu. Klagen, daß trotz der „großen Leistung“ der Unternehmer für die „unteren Klassen“ die „sozialdemokratischen Bewegungen an Umfang und Stärke stetig zunehmen“ und über die „bodenlose Verheerung“ wechselten ab mit Ausführungen darüber, „daß die durch die jahrhundertelange wirtschaftliche und politische Entwicklung geschaffenen Lebensbedingungen für die Massen es diesen unmöglich machen, sich die erforderliche Reife (in politischen Dingen) zu schaffen. Von dieser Reife kann keine Rede sein. Der Arbeiter müßte aufhören, Arbeiter zu sein, wenn er sich die Reife aneignen wollte, um über die Fragen sachgemäß urteilen zu können, bezüglich welcher er mit seinem Wahlrecht zu entscheiden habe.“ Da diese Reife nicht vorhanden sei, folge er urteillos und bedingungslos den Führern. Diese hätten den maßgebenden Einfluß nicht, weil sie so hochintelligente Männer seien, sondern nur, weil sie den demagogischen Katechismus von vorne nach hinten und von hinten nach vorne herlesen konnten.

Da will man noch von den Arbeiterführern als „Gegern“ reden! Wir begnügen uns damit, diese Attende auf das Wahrecht nebst den übrigen Beschimpfungen der Arbeiterklasse durch Herrn Bueck niedriger zu hängen. Der Herr verjünte natürlich nicht, zwischen durch einige Louten an Schleißlein zu drehen und zum Schluß die Arbeit „geber“ zur Selbsthilfe durch Organisation aufzufordern. Diese ist selbstverständlich ihr gutes Recht. Dagegen können die Arbeiter nichts einwenden. Verlangen dürfen sie aber, daß auch ihnen das selbe Recht ungeschmälert zustehe. Um dies zu erreichen, gibt es nur zwei Mittel, die beide angewendet werden müssen. Das eine heißt: „Gemein in die freie Gewerkschaft“, das andere: „Gemein in die sozialdemokratische Partei!“

Ein Streikbrechergesuch in der Metallarbeiter-Zeitung.

In Nr. 25 der Metallarbeiter-Zeitung war eine Anzeige der Firma Gae in Leipzig, wonach diese Schmiebe bei hohem Lohn zu

sofortigem Antritt suchte. Da bei dieser Firma die Schmiebe im Streit stehen, veröffentlichte der Zentralverband der Schmiebe in Nr. 144 des Vorwärts eine Warnung unter Hinweis auf die Anzeige in der Metallarbeiter-Zeitung, die auch von einem Teil der übrigen Parteiblätter nachgedruckt wurde. Daraufhin sandte der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dem Vorwärts folgende, in Nr. 146 des Blattes abgedruckte Erklärung:

In Nr. 144 des Vorwärts vom 24. Juni bringen Sie unter „Gewerkschaftliches“ eine Notiz, die vom Zentralverband der Schmiebe unterzeichnet ist und die den Inhalt hat, daß bei der Firma Gae in Leipzig die Schmiebe schon seit dem 8. Juni im Streit stehen. Dabei findet sich auch die Bemerkung: „So befindet sich unter anderem auch in der Nr. 25 der Metallarbeiter-Zeitung ein Inserat der Firma Gae, welches Schmiebe zu hohem Verdienst sucht.“

Wir wollen hierzu bemerken, daß uns von diesem Streik der Schmiebe bei Gae erst dann die Nachricht zur Kenntnis gekommen ist, als schon ein Teil der Metallarbeiter-Zeitung gedruckt war. Wir ließen sofort dieses Inserat aus der Platte entfernen und teilten dem Auftraggeber des Inserats mit, daß es nicht veröffentlicht werden kann, weil dort gestreift wird.

Dazu bemerkt der Vorwärts: Mehrere uns zur Verfügung gestellte Exemplare der Nr. 25 der Metallarbeiter-Zeitung bekräftigen die Richtigkeit des Vorkommenden. Übrigens wollen wir bemerken, daß die Mitteilung keinen Vorwurf gegen den Metallarbeiter-Verband bedeutet. Solche Situationen, wie die hier fragliche, können sich jeden Tag wiederholen und dann ist es ganz selbstverständlich, daß die Tagespresse in Anspruch genommen wird, um Schädigungen der Arbeiter zu verhüten.

Die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung trägt für die Privatangelegenheiten der streikenden Arbeiter keine Verantwortung. Weiter hat sie mit ihnen nichts zu tun. Die beim Verlag des Blattes tätigen Kollegen sind genügend mit anderen Arbeiten beschäftigt, so daß man ihnen nicht auch noch zumuten kann, die 56 täglich erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen nach Streiknachrichten durchzugehen. Als dem Vorstand am 18. Juni der Sachverhalt zur Kenntnis kam, waren schon etliche tausend Exemplare der Nr. 25 gedruckt und verpackt. Nun wurde auf der in der Maschine befindlichen Platte sofort die Anzeige herausgewaschen und außerdem noch eine neue Platte gegossen. Es ist selbstverständlich auf höchste zu bedauern, daß die Anzeige in die Zeitung hineingekommen ist. Verschiedene Hirsch-Dundersche Wurzblätterchen haben natürlich ihre Helle Freude daran, daß es geschehen konnte. Sie machen einen Nordspital darüber, obwohl sie sich doch eigentlich an den Fingern abzählen konnten, daß die Anzeige lediglich infolge irgend eines Verfehlers aufgenommen worden ist. Ein kleiner Unterschied tritt bei dieser Gelegenheit aber zutage. Wenn einmal in die Metallarbeiter-Zeitung ein solches Streikbrechergesuch hineingeraten ist, wird sofort alles getan, um den Fehler wieder gut zu machen. Geschieht so etwas aber einmal bei den Hirsch-Dunderschen, so wird dies zu rechtfertigen versucht und man drückt sich wohl gar noch damit. Ja: man nimmt dort solche Gesuche sogar mit Freuden auf, um Mitgliedern Hirsch-Dunderscher Gewerksvereine ein Nest zu bereiten.

Rückständige Stadtväter.

In Dortmund waren 200 Straßendahner aus berechtigter Ursache in den Streik getreten. Dieser mußte wieder aufgegeben werden. Da geschah etwas, was bisher noch nicht dagewesen ist. Von den 200 Streikenden in Dortmund wurden 60 Mann nicht wieder eingestellt. Eine Maßnahme, deren Brutalität wohl fast einzig dastehen dürfte. Außerdem sind dieses meist Leute, die mehrere Jahre im Dienste der Straßengesellschaft standen. Aber auch die Eingestellten mußten unter bedeutend schlechteren Bedingungen arbeiten als früher. Von der Dortmunder Stadterwaltung ist man viel gewöhnt, daß sie aber betriebsfertig bringt, hätte man doch nicht erwartet. Auf einem Entlassungsschein wird die Nichtwiedereinstellung wie folgt begründet: „Ihre Einstellung konnte nicht wieder erfolgen, weil Sie während der Streikzeit den Direktor ignorierten, indem Sie ihn auf der Straße nicht grüßten.“ Dabei ist der betreffende Straßendahner sich nicht einmal bewußt, dem Direktor jemals begegnet zu sein. Auf einem weiteren Entlassungsschein heißt es: „Sie haben sich schon von Anfang an unzufrieden gezeigt.“ Daß man sich bei einem Monatsgehalt von unter 90 Mk. noch besonders unzufrieden zeigen soll, ist auch nicht übel. Gegen die Dortmunder städtischen Sozialpolitiker war ja der König Stumm im Maßregeln der reine Baisentnabe.

Schmarotzerparasit.

Der größte Teil der Einwohner in dem städtischen Wasserburg bei Günzburg (Schwaben) sind Textilarbeiter, arme, elende Proletarier. Vor einiger Zeit gelang es endlich, diese Arbeiter für die Organisation zu gewinnen, mit deren Hilfe dann eine Lohnerhöhung durchgedrückt worden ist. Geleichtert atmeten die Textilflaven auf, konnten sie durch die Lohnerhöhung doch einigermaßen das durch die allgemeine Teuerung im Haushalt entstandene Defizit decken. Aber schon nach 14 Tagen mußten die Armen den Hungerriemen wieder in das vorige Loch zurückstecken, denn sämtliche Hausbesitzer erklärten, daß, nachdem durch die Lohnerhöhung das Einkommen der Arbeiter erhöht worden, nun für diese auch die Möglichkeit vorhanden sei, mehr Miete zu bezahlen, und sie nahen: „den Arbeitern die ganze Lohnerhöhung und teilweise noch mehr für höhere Miete ab. Den armen Leuten bleibt zur Verbesserung der eigenen Lebenshaltung kein Pfennig übrig!“

Ein Millionärsehrteiler.

Die das Bourgeoisblatt Westf. Zeitung meldet, wird der Legationsrat Dr. v. Bohlen und Halbach, der Bräutigam der ältesten Tochter Krupps, am 1. Juli in diplomatischen Diensten seinen Fremdenzeitel nehmen, um nach einigen Monaten die Oberleitung der Kruppischen Werke anzutreten. Das bedeutet eine gründliche Änderung des Berufs. Jedenfalls sollen die „einigen Monate“ als „Lehrzeit“ dienen. Wenn schon eine so kurze Zeit dazu genügt, um zur Leitung eines solchen Unternehmens zu befähigen, muß es doch nicht so schwer sein, einen solchen Posten zu bekleiden. Was meint der Lillipuzens von der Arbeiter-Zeitung dazu?

Ein Urteil nach dem Herzen der Scharfmacher

hat das Reichsgericht gefällt. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das Leit- und Magenblatt der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenprogen, berichtet darüber: „Eine interessante Rechtsfrage hat jetzt ihre Entscheidung durch das Reichsgericht gefunden. Ein Architekt hatte mit einem Zimmermeister einen Vertrag geschlossen, nach welchem letzterer die Zimmerarbeiten für ein von dem ersteren auszuführendes Gebäude übernahm. In dem Vertrag war unter anderem vereinbart, daß die Zimmerarbeiten an einem bestimmten Tage fertig sein sollten, und daß der Zimmermeister bei Überschreitung dieses Termins für jeden Tag der späteren Fertigstellung der Arbeiten 100 Mk. Konventionalstrafe zahlen sollte. Ausdrücklich hatte man jedoch die Klausel aufgenommen, daß Witterungseinflüsse, Streiks und sonstige Umstände, auf welche der Zimmermeister keine Macht auszuüben in der Lage sei, ihn für die Dauer der Hinderung von der Konventionalstrafe befreien sollten, wenn er beim Eintritt des Hinderungsgrundes dem Vertragsgegner schriftliche Anzeige mache. Nun brach in dem in Betracht kommenden Orte ein partieller Streik der Zimmergesellen aus, von welchem jedoch der Betrieb des hier in Rede stehenden Zimmermeisters nicht betroffen wurde. In dessen beschloß die Janungsvorversammlung der Zimmermeister, daß bei allen Janungsmessern des Ortes sämtliche Zimmergesellen entlassen werden sollten, falls die über die erwähnten Betriebe verhängte Sperre nicht bis zu einem bestimmten Tage aufgehoben sein würde. Da die Gesellen die Sperre fortbestehen ließen, so wurden nun von allen Zimmermeistern die Gesellen entlassen, und so kam es, daß der Zimmermeister, nach welchem in dem vorliegenden Rechtsstreit die Rede ist, die Arbeiten bis zu dem festgesetzten Tage nicht fertigstellen konnte, sondern erst 16 Tage später, wofür ihm der Architekt 1600 Mk. von seiner Forderung abzog, indem er behauptete, es sei nicht ein Streik

gemein, welcher die Hinausschiebung des Termins der Fertigstellung der Arbeiten verurachte, sondern die Aussperrung seitens des Meisters selber. Das könne er nicht als berechtigten Grund zur Hinausschiebung des Termins gelten lassen. — Der Zimmermeister klagte nun den Restbetrag seiner Forderung ein, und alle Instanzen, zuletzt das Reichsgericht, gaben ihm recht. Landgericht und Oberlandesgericht sprachen sich dahin aus, daß bei derartigen wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern Solidarität aller derjenigen, welche gleiche Interessen verfolgen, eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Wendung des Kampfes bilde; der sogenannte partielle Streik muß daher dem Generalstreik gleichgeachtet und als ein Hindernis angesehen werden, für dessen Folgen, insoweit sie eine Verzögerung der Arbeit mit sich bringen, der Kläger nicht verantwortlich gemacht werden kann. Wegen dieser Ermäugungen hatte das Reichsgericht keine Einwendungen erhoben. Allerdings sei dem erwähnten Janungsbefehl eine die Janungsmittelglieder rechtlich zwingende Kraft nicht beizumessen, heraus ergibt sich jedoch nicht, daß der Zimmermeister, indem er durch Befolgung des Beschlusses eine Verzögerung in der Fertigstellung der übernommenen Arbeiten herbeiführte, dem Beklagten gegenüber nicht als entschuldigt im Sinne der angeführten Vertragsbestimmung erachtet werden könnte. Die Vorinstanzen lassen die Vertragsbestimmung dahin auf, es entspreche ihrem Sinne, daß die durch den Streik der Gesellen hervorgerufene Aussperrung als ein Umstand anzusehen ist, welcher die verspätete Fertigstellung der übernommenen Arbeit hinreichend entschuldigt. Die angefochtene Entscheidung beruht also auf der Auslegung des fraglichen Vertrags, und es kann keine Rede davon sein, daß dabei ein Rechtsirrtum oder ein prozessualer Verstoß unterlaufen wäre.“

Es wird sich schon eine Gelegenheit finden, auf diese Entscheidung zurückzugreifen, wenn es sich einmal um Arbeiter handelt. Wir wagen in dessen nicht zu hoffen, daß das Urteil des Reichsgerichtes in demselben Sinne handelt. Bekanntlich sagte der preussische Justizminister Schönstedt einmal: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“

Weshalb die Gewerkschaftersplitterung notwendig ist, wurde von einem Vertreter der schwarzen Gewerkschaften in einer Metallarbeiterversammlung enthüllt, die am 21. Juni in Dortmund tagte und wo Reichstagsabgeordneter Genosse Stücken über den Klassenkampf in der Metallindustrie referierte. Der schwarze Gewerkschaftler vertrat die Ansicht, daß mehrere Verbände deshalb bestehen müssen, damit bei einem Streik oder bei einer Aussperrung die Kosten nicht von einer Stelle zu tragen sind, sondern verteilt werden können! Der gute Mann scheint sich entweder des wahren Zweckes der „christlichen“ Verbände, um jeden Preis Reile in die Arbeiterbewegung zu treiben, zu schämen oder er kann nicht gut rechnen.

Vom Ausland.

Amerika.

Aufruf. Alle deutschsprechenden Maschinenbauer (Monteure, Schlosser, Werkzeugmacher, Dreher, Hobler u. s. w.), die nach Amerika reisen und ihren Aufenthalt in New-York oder Umgebungen nehmen, werden darauf aufmerksam gemacht, sich der Progressive Lodge Nr. 835 (International Association of Machinists) anzuschließen. Diese Loge ist die einzige in New-York City, deren Versammlungen in deutscher Sprache geführt werden. Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die sich vor ihrer Abreise ordnungsgemäß abmelden, werden unentgeltlich aufgenommen, während sonst die Eintrittsgebühr in die International Association of Machinists 5 Dollars beträgt. Auch ist der Geschäftsagent der Loge bereit, zugereisten Kollegen mit Rat zur Seite zu stehen. Die Versammlungen finden jeden Montag abend im neuerbauten Labor Temple 243-247 E. 94. Street statt. Das genannte Gebäude ist ein imposanter sechsstöckiger Bau, der ausschließlich dem Vereins- und Versammlungszwecken der auf fortschrittlichem Arbeitsstandpunkt stehenden Vereine dient und so recht deutlich zeigt, was durch geeintes Vorgehen erreicht werden kann. Ganz besonders warnen wir aber die Kollegen, auf die Annoncen von Arbeitsvermittlungsbureaus, mögen sie Deutsches Zentralbureau, Deutscher Hilfsverein oder sonstige heißen, hineinzufallen. Wenn die Kollegen nicht direkt als Scabs (Streikbrecher) verkauft werden, sind sie doch meistens ihr sauer erspartes Geld (und das nicht zu wenig) los und um eine trübe Erfahrung reicher.

Mit kollegialem Gruß

Die Progressive Lodge Nr. 835. (J. A. of M.)

England.

Das Miesengehalt von 200000 Mk. pro Jahr bezieht Direktor Arthur Walter der Londoner Times, der gleichzeitig auch Hauptbesitzer dieses Weltblattes ist. Einige Anteilhaber dieser Zeitung sind mit Walters Geschäftsführung recht unzufrieden, sie verlangen die Umwandlung des Verlags in eine Aktiengesellschaft. Trotz des hohen Gehaltes widmet nämlich der Direktor nur einen geringen Teil seiner Zeit den Geschäften der Times; er hat einen Stellvertreter eingesetzt, der auch noch das schöne Gehalt von 100000 Mk. bezieht. Durch die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft müßten einige Aufsichtsräte bestellt werden, die dann Einfluß in die Geschäfte und Einfluß auf die Zeitung erhalten würden, und davon verjüngen sich die Gesellschaftler sehr viel, denn mit den jetzigen Erträgen sind sie gar nicht zufrieden. Wilson hat Herr Walter, der von seinem Vater zum Direktor eingesetzt worden ist, nie vorgelegt, und das soll nun durch die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erreicht werden. Davon kann man ersehen, was eine große Zeitung abwirft, aber auch, wie herzlich gering oftmals die Tätigkeit einer sogenannten „Seele des Ganzen“ ist und wie überflüssig im Grunde genommen solche enorm hochbezahlte Posten in gutfunktionierenden Zeitungsbetrieben (auch in anderen Betrieben. Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung) sind. (Korrespondent.)

Die Frankfurter Zeitung läßt sich aus London unter dem 18. Juni folgendes schreiben: „Der Daily Express erzählt eine merkwürdige Geschichte von sechs englischen Schiffskettenschmiedern, die nach Deutschland gelockt worden sein sollen, um den deutschen Arbeitern Unterricht in ihrem Gewerbe zu geben. Einer der Leute namens Ellis erzählt, daß er mit seinen Genossen in der Staffordshire in Streik gewesen sei, als ein deutscher Herr in Begleitung eines Engländers ihnen außerordentlich gute Anerbietungen gemacht habe. Sie hätten diese Anerbieten angenommen und wären nach Duisburg gebracht worden. Man habe sie auf der Reise wie Lords behandelt und sie stets in den besten Hotels und Restaurants untergebracht. Der Direktor sei so begeistert über ihre Arbeit gewesen, daß er sie in seine Wohnung genommen und mit dem besten Wein traktiert habe. Der Gewerksverein der Kettenschmiede hörte von dem Vorgängen, befürchtete, daß die Deutschen zum Schaden der Engländer etwas lernen könnten, und sandte seinen Sekretär nach Deutschland, um die Leute zur Rückkehr zu bewegen. Den Leuten sei es jedoch so gut gegangen, daß sie sich durchaus geweiher hätten, ihre Stellung aufzugeben. Als der Sekretär zum zweiten Male nach Deutschland kam, konnte er sich angeblich den Leuten nicht unbemerkt nähern, da diese von angehenden Dolmetschern, in Wirklichkeit aber von Wächtern begleitet gewesen wären. Schließlich sei es ihm gelungen, an den Patriotismus der Leute schriftlich zu appellieren. Diese hätten ihren Wächter in der Nacht in sein Schlafzimmer eingeschlossen und seien nach der Station geeilt, wo der Sekretär sie zur Abfahrt bewegen habe, ohne auf das Gepäck zu warten.“

Dazu bemerkt die Kölnische Volkszeitung: „Über diesen Fall jagen nur mehrere Erdumrundungen ein, und einer unserer Gemährsmänner schreibt uns: Der Direktor des Sheffielder Walzwerkes, Herr Karl Rüppel, teilte mir mit, daß sein Sohn vor etwa 5 Wochen in South Staffordshire zwei Kettenschmiedern

traktiert für das Salzwerk verpflichtet habe. Dabei sei diesen um 20 Prozent höhere Löhne zugesichert worden nebst freier Fahrt. Von einem Verloren der Arbeiter könne jedoch keine Rede gewesen sein; zudem hätten sich noch etwa 20 andere Kettenhämmer bereit gefunden, gleichfalls den Vertrag einzugehen, doch habe man sich mit den beiden begnügt. Diese hätten dann noch je zwei Zuschläger mitgenommen, was jedoch nicht verlangt war, da man in Deutschland deren genug haben könne. Man habe sie auf der Reise zwar nicht wie Lords, aber doch recht gut behandelt. In Duisburg habe man sie im Darmstädter Hof für 2,50 Mk. täglich untergebracht. Einer alten englischen Stätte zufolge habe er, der Direktor, sie am Abend des ersten Arbeitstags in seinem Garten mit einer Erdbeerbowle bewirtet. Den Leuten habe es hier recht gut gefallen. Nach einiger Zeit seien jedoch Vertreter der Earl of Dudley's Round Oak Works und der Trade Union nach Duisburg gekommen, um die Leute zurückzuführen. Das sei ihnen jedoch erst nach einem zweiten Versuch gelungen. Die Leute seien nämlich am vergangenen Donnerstag bei Nacht und Nebel unter Zurücklassung ihres ganzen Gepäcks auf und davon gegangen, nachdem sie zwei Wochen auf dem Salzwerk gearbeitet hätten. Die Leute seien zwar kontraktlich gebunden, doch sei die Firma mit diesem Ausgang zufrieden, da sie ja ihr Ziel erreicht und gesehen hätte, was man in England leisten. Beim Engagement der Engländer habe das Salzwerk lediglich einen Wunsch einer deutscher Schiffswerft entworfen und sei nicht darauf ausgegangen, Neues zu lernen, da es ja selbst seit etwa 15 Jahren die schwersten Ketten liefere.

Dass diese letzteren Ausführungen vollständig richtig sind, glauben wir auch. Wohl aber wird das Verfahren der Firma dem Dunkel, der bei der überwiegenden Mehrzahl englischer Arbeiter vorhanden ist, das nur sie allein brauchbare Arbeit liefern können, mächtig Beschub leisten.

Merito.

Der freundlichen Aufmerksamkeit der Arbeitgeber-Zeitung empfehlen wir einen Vorgang, der sich in Cananea (Merito) abgespielt hat. Dort traten Anfang Juni 5000 mexikanische Bergarbeiter in den Aufstand, um eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erzielen. Natürlich antworteten die Unternehmer mit Gegenmaßnahmen und es kam zu Zusammenstößen mit den Streikenden. Da wurde aber kurzer Prozess gemacht. Flugs erschien ein Oberst Rasterlich mit Militärtruppen auf dem Plan und machte dem Streik ein Ende. Am 3. Juni wurden acht Führer der Streikenden „standrechtlich“ erschossen. Über Cananea wurde der Belagerungszustand verhängt. Jeder, der sich auf der Straße zeigt, wird niedergeschlagen, lautete der Befehl Rasterlichs. Auf diese Weise wurde noch weitere Leiden ohne irgend welches Gerichtsverfahren angebracht und 84 befinden sich noch im Gefängnis. Auf diese Weise wurde der Streik im Blute erstickt. Der Mann hat doch noch Scheid, nicht wahr, verhehrtes Schanzpapier? Uns wundert, daß Sie dieses Vorkommnis bis jetzt Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit entgehen lassen haben. Ein Duzend Arbeiter in Deutschland — dann wird das goldene Zeitalter der Schurmacher nicht lange auf sich warten lassen.

Literarisches.

Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Unter diesem Titel ist soeben eine Broschüre des Redakteurs Dr. August Müller in Magdeburg erschienen, in der in vier Abschnitten die treibenden Kräfte der Kämpfe, die die Arbeiter und Unternehmerverbände, eingehend gerührt werden. Die Schrift ist bestimmt, die Arbeiter und allen Kreisen, die sich für diese Materie interessieren, über das Wesen, die Entstehung und Form sowie über die Kampfsmittel der Unternehmerverbände zu geben. Diese Aufgabe wird erfüllt, wie schon das Inhaltsverzeichnis zeigt: Wortwort. 1. Das Wesen der Unternehmerverbände. 2. Entstehung und Form der Unternehmerverbände: Zentralverbände, die verschiedene Berufe umfassen; Unternehmerzentralverbände, die nur Angehörige eines bestimmten Berufs umfassen; Unternehmerverbände, die verschiedene Berufe umfassen, aber ihre Tätigkeit auf einen Ort oder einen Bezirk beschränken; Unternehmerverbände lokaler Art, die sich auf einen Beruf beschränken; Die Zentralisation der Unternehmerverbände. 3. Die Kampfsmittel der Unternehmerverbände: Die Streikverförmigung der Unternehmerverbände; Die Aussperrungen; Der Arbeitsnachweis als Streikbrechervermittlungsanstalt; Schwarze Listen; Die Streikklauen; Unternehmerverbände und öffentliche Meinung. 4. Gewerkschaften und Unternehmerverbände: Die Stärkung der Unternehmerverbände durch die Organisation; Gesetze im Unternehmerlager. Schlußfolgerungen. Anhang (Statut des Arbeiterverbandes Magdeburg). — Die vorliegende Schrift, deren Preis 30 Pf. beträgt, wird sich als eine schneidende Waffe in den bevorstehenden Kämpfen erweisen.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Südekum, Verlag: Paul Singer, Berlin. — Aus der soeben erschienenen Nr. 26 dieser Zeitschrift heben wir den von Dr. Stademann verfaßten Beitrag hervor, der sich mit dem Wesen kommunaler Zweckverbände befaßt. — Die Ergebnisse des allgemeinen Fürsorgeerziehungstags sind ebenfalls in einer besonderen Abhandlung erörtert. — Carl Korn in Kiel behandelt den Wahlrechtskampf in Schleswig-Holstein. — Auf dem Gebiet der Gemeindefortschritt, des Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswesens sowie auf dem kommunalen Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Rechtspflege bringt die Kommunale Praxis eine Fülle beachtenswerter Beiträge. Erwähnt seien ferner die Große Berliner Hundschau sowie die Korrespondenzen über Dresden und Hamburger Gemeindeangelegenheiten. — Zum Preise von 2,50 Mk. pro Quartal nehmen sämtliche Postanstalten, Buchhandlungen und Zeitungs Expeditionen auf die Kommunale Praxis Bestellungen entgegen.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 40. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. — Aus dem Inhalt des Heftes heben wir heraus: Spottgen ihrer selbst. — Sombats Schrift über den modernen Sozialismus. Von Eugen Diezgen. — „Badungtoner“, „The Jungle“ und seine Kritiker. Von A. M. Simon. — Die Wiener Arbeiterzeitschrift. Von Otto Bauer. — Der Kampf der Seeleute. Von Conrad Miß. — Die Gerechtigkeit gegenüber der organisierten Ju-

bifferenz. Von Karl Roche (Bochum). — Die russische Elementarschule. Von Frihe. — Literarische Rundschau. Von M. W. Ratshläge zur Berufsfrage der Frauen. Von M. W.

Mitteilung der Expedition.

Das immerwährend verspätete Eintreffen der Zeitungsbestellungen veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß Bestellungen auf die Zeitung am Montag mittags in unseren Händen sein müssen. Später eintreffende Bestellungen können für die betreffende Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Abgehen von dem durch Nachlieferung entfallenden Mehrporto muß doch auch die nötige Anzahl der Exemplare rechtzeitig bei der Druckerei bestellt werden können.

Nachtrag.

Stetten-Überrag. Bei der Firma Währer haben sämtliche Former am 30. Juni ihre Entlassung genommen und sind in Streit getreten. Grund dazu sind die geradezu unhaltbaren Zustände bei dieser Firma. Diese hatte voriges Jahr einen Akkordtarif mit den Arbeitern abgeschlossen, jedoch bis jetzt niemals Anhalten gemacht, ihn auch eingehalten. Inwiefern die Kollegen ihren Verdienst richtig erhielten, darüber fehlte ihnen überhaupt jeder Anhaltspunkt. Die Arbeit wurde meistens nach Gewicht bezahlt, und nach Aussage der Kollegen soll der sehr christliche Herr Währer eine vorzügliche Geschicklichkeit beim Abwiegen gezeigt haben, er gab streng Obacht, daß kein Arbeiter „zu viel“ erhielt. In letzter Zeit sind die Arbeiter auch noch mit Maßregelungen an, wahrhaftig auf die Treiben eines christlich organisierten Meisters, der besser täte, sein von den Arbeitern gepumptes Geld zurückzubekommen. Von der Formerei versteht der Herr so viel wie ein gewisser Führer vom Lautenschlagen. Die Arbeiter hatten nun vor fast drei Wochen der Firma einen Arbeitsvertrag unterbreitet und für alle Fälle vor 14 Tagen auch gekündigt. Währer fand aber keine Zeit, den Arbeitern Gegenvorschläge zu machen, sondern um den Industriellenverband um Rat zu fragen, was sie tun soll. Da er nun dort die Antwort erhielt, daß er mit dem Verband nicht einen Tarif abschließen dürfe, so glaubte er sich schon getettet und der Verpflüchtung überhoben, geregelte Verhandlungen einzuführen. Bei verpflüchteten Verhandlungen redete er sich immer damit aus, daß die Sache doch Zeit zum Überlegen brauche, daß er mit seinen Arbeitern sich einigen wolle u. s. w. Als jedoch die Arbeit ihn er Zeit zum Überlegen, hatte er wieder andere Ausreden. Jetzt hat er Zeit zum Überlegen. Wir hoffen auch, daß kein Former nach dort geht und Arbeit annimmt dann wird Herr Währer schon zur Einsicht kommen. Für den Schaden, den er kolleg, mag er sich dann bei den Industriellen bedanken.

Verbands-Anzeigen. Privat-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgerufen.

Samstag, 7. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 8. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Dienstag, 10. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Mittwoch, 11. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Donnerstag, 12. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Freitag, 13. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 14. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Verbands-Anzeigen.

Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 15. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Dienstag, 17. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Mittwoch, 18. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Donnerstag, 19. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Freitag, 20. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 22. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Verbands-Anzeigen.

Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 23. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Verbands-Anzeigen.

Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 24. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Dienstag, 26. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Mittwoch, 27. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Donnerstag, 28. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Freitag, 29. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 31. Juli:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Verbands-Anzeigen.

Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 1. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Dienstag, 3. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Mittwoch, 4. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Donnerstag, 5. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Freitag, 6. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 8. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Verbands-Anzeigen.

Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 9. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Dienstag, 11. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Mittwoch, 12. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Donnerstag, 13. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Freitag, 14. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 16. August:

- Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Freiburg i. B. Baden, halb 9 Uhr.
- Heidelberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Köln. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- München. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Nürnberg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Regensburg. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Saarbrücken. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Stuttgart. 9. Ubr., halb 9 Uhr.
- Wien. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Verbands-Anzeigen.

Chemnitz. 9. Ubr., halb 9 Uhr.

Sonntag, 17. August: